
Frank Möller

Zur Topografie des Kalten Krieges im Rheinland

Spurensuche in einer Parallelwelt

Der Kalte Krieg – zumindest gilt das für dessen frühe Phase von den ausgehenden 1940er Jahren bis gegen Ende der 1960er Jahre – durchdrang zahllose Bereiche der Gesellschaft und legte ein Interpretationsraster auch über Ereignisse, die ohne die Blockkonfrontation vermutlich als unverdächtig wahrgenommen worden wären. „Der Konflikt der beiden Systeme wurde in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zum bestimmenden Deutungsmuster. Wer als erster Menschen ins Weltall schoss, wer mehr Konsumgüter anbot, wessen Weitspringer weiter und wessen Hochspringer höher sprangen, alles hatte eine politische Bedeutung in der Systemkonkurrenz“, heißt es dazu in einer aktuellen Studie.¹

Angesichts der jahrzehntelangen Prägekraft der bipolaren Wahrnehmungs- und Deutungsmuster ist es erstaunlich, wie stark die Erinnerung an diesen Abschnitt deutscher und internationaler Geschichte heute im öffentlichen Bewusstsein bereits wieder verblasst ist. Geblieben sind vielfach reproduzierte Bilder, die sich ins kollektive Gedächtnis gebrannt haben. Bilder von „Rosinenbombnern“, die die Berliner Bevölkerung während der Blockade durch die Sowjets 1948/49 mit Lebensmitteln versorgten; die Fotografie eines jungen Volkspolizisten, der am 15. August 1961 durch einen beherzten Sprung über den Stacheldraht in den Westteil Berlins flüchtete; Bilder von der Konfrontation sowjetischer und

1 Günther Stocker/Stefan Maurer, „Fellow Traveller“, „trojanische Pferde“, „Neutralisten“. Figuren des Dritten in der österreichischen Kultur des Kalten Krieges, in: David Eugster/Sibylle Marti (Hg.), *Das Imaginäre des Kalten Krieges. Beiträge zu einer Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa*, Essen 2015, S. 117–136, hier S. 118.

US-amerikanischer Panzer am Checkpoint Charlie im Oktober 1961. Und natürlich das zur globalen Medienikone gewordene Abbild eines Atompilzes, der *Mushroom Cloud*,² das zum Signum von Angst und Faszination einer ganzen Epoche geworden ist.

Doch Bildern allein sollte man nicht trauen. Folgte man allein den Fotografien, die heute noch gern stellvertretend für Situationen des Kalten Krieges reproduziert werden, käme man zu dem Schluss, dass dieser Zeitabschnitt vorwiegend aus einer Folge hochdramatischer Momente bestanden habe. Diese Momente gab es sicher. Aber der Kalte Krieg war mehr als bloß ein lange bestimmendes Deutungsmuster und eine politische Konstellation, die jederzeit in einen nuklearen Schlagabtausch hätte münden können. Zu seinen Kennzeichen und zur inneren Logik der Verhaltensweisen beider politischer Lager zählte insbesondere das Moment der Geheimhaltung, des nicht Sichtbaren. Es war eine Zeit der Agentenfurcht, der verdeckten Aktionen, der geheimen „Reptilienfonds“ in Ministerien. Das Moment des Verdachts war folglich im Kalten Krieg omnipräsent, weil wesentliche Akteure, Überlegungen, Strategien, Aktionen zunächst unsichtbar bleiben sollten. „Die Staatsterritorien hinter dem ‚Eisernen Vorhang‘ erschienen als Labors des Angriffs auf die westliche Freiheit. Dieser Angriff jedoch, davon ging man aus, würde sich nicht erst mit einer militärischen Invasion vollziehen, sondern war im Gange, schon lange bevor der Feind sichtbar würde“, merkt der Kulturwissenschaftler David Eugster dazu an.³

Die Unsichtbarkeit der Angriffsmaßnahmen fand ihre Entsprechung in der Unsichtbarkeit der Präventivmaßnahmen. Nach und nach veränderte sich die scheinbare Normalität von Städten, Dörfern und Landschaften unter den Bedingungen forcierter Wachsamkeit. Ein geheimer Fernmeldebunker als Teil einer Festungsanlage des 19. Jahrhunderts getarnt, ein Kinderspielplatz als optische Ablenkung vom Notausgang eines Regierungsbunkers, romantische Weinberge über einem Labyrinth kilometerlanger unterirdischer Betonröhren, Autostraßen als Fluglandebahnen, U-Bahn-Stationen als Zivilschutzbunker, Partykeller als private Überlebenskapseln, Sprengschächte unter Straßen oder in Brückenschächten. Es war eine camouflierte Parallelwelt, die im Laufe der Jahrzehnte hierzulande entstand. Sie zu entschlüsseln, gelingt nicht allein über die bauli-

2 Vgl. Gerhard Paul, „Mushroom Clouds“. Entstehung, Struktur und Funktion einer Medienikone des 20. Jahrhunderts im interkulturellen Vergleich, in: ders. (Hg.), *Visual History. Ein Studienbuch*, Göttingen 2006, S. 243–264.

3 David Eugster, *Wühler und Werber. Imaginierte Subversion im Kalten Krieg der Schweiz*, in: Eugster/Marti, *Das Imaginäre* (wie Anm. 1), S. 137–160, hier S. 141.

chen Relikte. Ein Gesamtbild entsteht erst, wenn man ein sehr weites Feld an Tätigkeiten von staatlichen Einrichtungen, privaten Organisationen, Unternehmen und Netzwerken mit in den Blick nimmt. Eben dies anzugehen, ist das Ziel dieses Beitrags. Zeitlich bleibt dieser Versuch auf die Phase von den späten 1940er Jahren bis Ende der 1960er Jahre beschränkt, umfasst also den Beginn des Kalten Krieges bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Sowjetunion und die USA bilaterale Gespräche zur Kontrolle und Begrenzung der Atomwaffen aufnahmen. Angestrebt wird, in einem geografisch begrenzten Raum in groben Strichen eine Topografie des Kalten Krieges zu skizzieren, Erinnerungsorte ins Gedächtnis zu rufen und Anregungen zu eigenen Entdeckungen und weiteren regionalen und lokalen Forschungen zu geben.

Es bleibt die Frage zu beantworten, warum dies ausgerechnet am Beispiel des Rheinlands geschehen soll, das unter diesem Gesichtspunkt bislang kaum in den Blick genommen wurde. Wäre Berlin als „Frontstadt“ des Kalten Krieges und als „Agenten-Metropole“ nicht viel naheliegender? Auf den ersten Blick schon. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die eingangs zitierten Bilder von Konfrontation, Rosinenbombersolidarität und Mauerbau hier entstanden und dem Kalten Krieg für nachfolgende Generationen ein Gesicht gaben. Andererseits: Wo saßen die politischen Akteure, die private Organisationen des Kalten Krieges förderten? Wo entstanden die weitläufigsten Bunkeranlagen? Wo wurden die meisten antikommunistischen Erfahrungsberichte und Informationsdienste verlegt? Wo hatten kommunistuskritische Autoren wie Wolfgang Leonhard oder Carola Stern einen festen Treffpunkt? Das alles findet sich entlang des Rheins in Städten wie Bonn, Köln oder Düsseldorf oder in den angrenzenden Mittelgebirgslandschaften von Eifel und Hunsrück.

Einen methodischen und einen didaktischen Grund möchte ich außerdem für die Sinnhaftigkeit andeuten, sich einer Topografie des Kalten Krieges im Rheinland zu nähern. Das Interesse an der Kategorie „Raum“ ist in den historischen Wissenschaften in den zurückliegenden Jahren merklich gewachsen. Der Raum ist nicht nur eine wesentliche Dimension des menschlichen Daseins, sondern auch eine grundlegende Kategorie historischer Überlegungen. Der Zugang zu Raum und Region könnte daher für die Geschichte des Kalten Krieges einen weiterführenden Beitrag leisten. Außerdem bedeutet die Auseinandersetzung mit Zeitgeschichte immer auch Forschung plus Vermittlung. Und Vermittlung ist auf authentische Orte angewiesen. Solche Orte lassen sich im Rheinland ausfindig machen und markieren. Ich möchte dazu im Folgenden einige Mosaiksteine zusammentragen. Dabei geht es um Bauten, Anlagen, Treffpunkte und Denkfabriken des Kalten Krieges, die ich vier Gruppen zuordnen möchte: Bun-

keranlagen zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, Militäranlagen und Militärbauten, bauliche Manifestationen des Zivilschutzes sowie Orte, von denen aus die Ideenlandschaft des Kalten Krieges geprägt wurde.

1. Bunkeranlagen zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen

Am auffälligsten sind sicher die riesigen Bunkeranlagen zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, die auch teilweise bereits musealisiert sind. Es gibt davon einige im Untersuchungsraum, von denen ich sechs vorstellen werde: den Regierungsbunker an der Ahr mit seinen beiden „Satelliten“: dem benachbarte Postbunker bei Staffel sowie der Sendestelle bei Kirspenich; außerdem den Ausweichsitz der NRW-Landesregierung in Kall, den Bundesbank-Bunker in Cochem sowie den Bunker der Düsseldorfer Landeszentralbank in Satzvey. Ich werde auf den Regierungsbunker etwas ausführlicher eingehen und die übrigen Anlagen nur kurz mit Blick auf ihre Errichtung und vergangene Nutzung streifen.

Mit den Planungen des „Ausweichsitzes der Verfassungsorgane des Bundes im Krisen- und Verteidigungsfall zur Wahrung von deren Funktionstüchtigkeit“ – kurz: Regierungsbunker oder, im Tarnjargon der Behörden, „Dienststelle Marienthal“ – wurde 1958 begonnen. Die Fertigstellung des gesamten Projekts zog sich bis ins Jahr 1971 hin. Das Ergebnis war ein unterirdisches Bauwerk mit mehr als 17 Kilometern Stollenlänge, 936 Schlafräumen, 897 Büro- und Konferenzräumen, Großkantinen, Sanitätsbereichen und eigenem Friseursalon. Geografisch erstreckte sich das Bauwerk zwischen Dernau und Ahrweiler in 85 bis 112 Metern Tiefe unter den Ahrbergen; der „Rotweinwanderweg“ verläuft direkt darüber hinweg.⁴ Die monströse Bunkeranlage sollte im Krisenfall einer Notverwaltung des Bundes – immerhin bis zu 3.000 Personen – das Überleben für 30 Tage sichern. Zu dem exklusiven Kreis hätten der Bundespräsident, der Bundeskanzler, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, diverse Minister, ziviles und militärisches Personal sowie die 48 Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses gezählt, eines Notparlaments, das sich zu zwei Dritteln aus Abgeordneten des Bundestages und zu einem Drittel aus Mitgliedern des Bundesrates rekrutiert hätte.

4 Alle Zahlenangaben nach: Christoph Bach, Der Regierungsbunker und seine Geschichte, Jünkerath 2016, S. 7, 47.

Die Entstehung des Regierungsbunkers hat eine Vorgeschichte, die im Kaiserreich begann und im Nationalsozialismus fortgeschrieben wurde. Den Ursprung bildete der Bau einer Eisenbahnlinie, die das Industriezentrum Lothringens mit dem des Ruhrgebiets verbinden sollte. Wirtschaftliche Gründe, der Austausch von Eisen und Koks, verknüpften sich dabei mit militärischen Ambitionen. Generalfeldmarschall Alfred Graf von Schlieffen (1833–1913), bis 1905 Chef des Generalstabs, wollte eine Transportverbindung zur potenziellen Westfront schaffen, um einen Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Russland zu ermöglichen. Ein Teil des Streckenverlaufs sollte entlang der Ahr führen. Dabei entstanden neben zahlreichen Dämmen und Brücken auch fünf Tunnelbauten, unter ihnen der östlich von Marienthal gelegene knapp 1,3 Kilometer lange Kuxbergtunnel und der gut 1,3 Kilometer lange Trotzenbergtunnel westlich von Marienthal. Diese beiden Tunnelröhren sollten später den Ausgangspunkt für die Arbeiten am Regierungsbunker bilden.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs kam dem Abschluss der Arbeiten an der geplanten Schienenstrecke zuvor. Sie blieb unvollendet. In den 1930er Jahren dann dienten drei der Tunnelbauten, unter ihnen der Kuxbergtunnel, der Champignonzucht. Das brachte Arbeitsplätze, eiweißreiche Nahrung für die „Volksgenossen“ und ließ sich – ähnlich wie die Rotweinproduktion an der Ahr – im Zweiten Weltkrieg propagandistisch für den Kampf gegen den „Erbfeind“ Frankreich ausschlichten.⁵ Als der Bombenkrieg das Deutsche Reich erreichte, wurde die Aufzucht von Edelpilzen eingestellt. Ab Herbst 1943 wurden der Kuxberg- und der Trotzenbergtunnel für die Rüstungsindustrie zu bombensicheren Produktionsstätten umgebaut. Das geschah zu einem Zeitpunkt, als sich die militärische Überlegenheit der Alliierten im Verlauf des Krieges immer deutlicher abzuzeichnen begonnen hatte und Hitler und sein Rüstungsminister Albert Speer die Entwicklung und Produktion sogenannter Wunderwaffen unter Einsatz von Zwangsarbeitern vorantrieben. Zu diesen „Wunderwaffen“ zählte die V 2, eine 14 Meter lange Großrakete mit Flüssigkeitstriebwerk und einer Reichweite von bis zu 350 Kilometern, die im Harz von KZ-Häftlingen montiert wurde.⁶ Weil sich der Abschuss der Rakete von stationären Rampen im Verlauf des Krieges als zu unflexibel erwiesen hatte, entstanden unter der Leitung Werner von Brauns Pläne für mobile Abschusseinrichtungen. Gebaut werden sollten diese in den Tunneln an der Ahr. Einen Teil der dazu notwendigen Arbeitskräfte

5 Vgl. Kreisleiter und Landrat Dr. Simmer, Edelpilzzucht in Ahrweiler, in: Heimatkalender des Kreises Ahrweiler 1936, S. 142–144.

6 Das „V“ stand für „Vergeltungswaffe“.

forderte die für die Fertigung verantwortliche Firma Gollnow und Sohn bei der SS an. Zur Unterbringung der KZ-Häftlinge wurde das KZ Rebstock als Außenlager Buchenwalds errichtet. Es bestand von Oktober 1943 bis Dezember 1944. Die Häftlingsbaracken mit Wachturm wurden unmittelbar vor dem Westportal des Kuxbergtunnels gebaut. Mehr als 400 Häftlinge aus zwölf Nationen durchliefen das Lager, vorwiegend Franzosen, Polen und Sowjetbürger. Etliche starben hier auch durch unzureichende Ernährung, Krankheiten oder Misshandlungen.⁷

Nur 15 Jahre später, mit Baubeginn des Regierungsbunkers, war all dies, einer kollektiven Amnesie gleich, vergessen; die Baustellenversorgung in Marienthal wurde genau dort eingerichtet, wo sich bis Ende 1944 das KZ-Außenlager befunden hatte. Zudem zählte zu den Unternehmen, die jetzt den Regierungsbunker bauten, mit der Huta Hoch- und Tiefbau AG ausgerechnet eine jener Firmen, die maßgeblich am Bau der Krematorien in Auschwitz mitgewirkt hatten. Und auch der wichtigste Planer des Vorhabens im Bundesinnenministerium, General a.D. Theodor Busse, hatte als Oberbefehlshaber in der Endphase des Krieges die 9. Armee während der Oder-Neiße-Schlacht und dem Kampf um Berlin befehligt und in den Nürnberger Prozessen vor Gericht gestanden.⁸

Die Baugeschichte des Regierungsbunkers selbst ist inzwischen in groben Zügen dokumentiert.⁹ Was bislang fehlt, ist eine detaillierte Aufschlüsselung, in welchen Haushalten und unter welchen Positionen die immensen Bau- und Betriebskosten im Einzelnen versteckt wurden.¹⁰ Auch weitere Aspekte der Geheimhaltung bedürften der näheren Betrachtung. Waren es tatsächlich primär die östlichen Geheimdienste, vor denen das Bauvorhaben verborgen bleiben

7 Ausführlicher zum Komplex der militärischen Nutzung der Tunnel und zum Zwangsarbeitereinsatz: Uli Jungbluth, Wunderwaffen im KZ „Rebstock“. Zwangsarbeit in Dernau/Rheinland-Pfalz und Artern/Thüringen im Dienste der V-Waffen, Briedel/Mosel 2000; ders., Hitlers „letzte Trumpfkarte“: Die Geheimwaffen V1, V2 und V3 in Eifel und Westerwald und das KZ-Außenkommando „Rebstock“ in Dernau/Ahr, in: Hans-Georg Meyer/Hans Berkessel (Hg.), „Unser Ziel – die Ewigkeit Deutschlands“, Mainz 2001, S. 89–101; Wolfgang Benz, Das KZ „Rebstock“, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.), Der Regierungsbunker, Berlin o.J.

8 Vgl. Jörg Diester, Geheimakte Regierungsbunker. Tagebuch eines Staatsgeheimnisses, Düsseldorf 2008, S. 128f.

9 Vgl. Diester, Geheimakte (wie Anm. 8), Bach, Regierungsbunker (wie Anm. 4); Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Regierungsbunker (wie Anm. 7).

10 Diester kommt, je nach Rechenmodell, auf eine Gesamtsumme inklusive aller Betriebskosten zwischen 4,7 und 7,2 Milliarden Mark. Damit wäre der Regierungsbunker „die teuerste Einzelinvestition in der Geschichte der Bundesrepublik“ gewesen. Diester, Geheimakte (wie Anm. 8), S. 254.

sollte, das von offizieller Seite aus konsequent verleugnet und als Staatsgeheimnis behandelt wurde? Wenn dem so gewesen sein sollte, dann blieben diese Bemühungen erfolglos. Gleich mehrere Personen in Diensten der DDR-Geheimdienste waren von Beginn an bestens über die Baupläne und die später im Bunker abgehaltenen militärischen Übungen informiert.¹¹ Und auch die CIA hatte ihre Agenten vor Ort.¹² In der Umgebungsgesellschaft kursierten dagegen die wildesten Gerüchte über den Bau unter den Weinbergen. Erst die 1984 als Buch¹³ und vorab im Magazin *Der Spiegel*¹⁴ veröffentlichten Recherchen des Journalisten Michael Preute räumten mit einigen Gerüchten auf und enttarnten „eines der bestgehüteten Geheimnisse der Republik“ als „perfektionierten Unsinn“, wie *Der Spiegel* kommentierte.¹⁵

Der Regierungsbunker hat nie eine Bewährungsprobe in einem wie auch immer gearteten Ernstfall bestehen müssen. Gleichwohl fanden in ihm regelmäßig Übungen statt, in denen der konkrete Verlauf eines Atomkriegs auf deutschem Boden und die Handlungsoptionen von Politik und Militär simuliert wurden. Zum ersten Mal geschah dies 1966 bei der NATO-Stabsrahmenübung FALLEX 66, an der erstmals auch Bundespolitiker beteiligt waren. Damit sollten nicht zuletzt Vorbehalte von SPD-Abgeordneten gegenüber den zur Verabschiedung anstehenden umstrittenen Notstandsgesetzen ausgeräumt werden. Der FDP-Abge-

11 So war beispielsweise die Hauptverwaltung Aufklärung des Staatssicherheitsdienstes der DDR durch den im Bunker als Handwerker beschäftigten Spion Lorenz Betzing (1930–2004) gut informiert. Siehe dazu Betzings eigene Aufzeichnungen: Lorenz Betzing, *Im Regierungsbunker*, in: Klaus Eichner/Gotthold Schramm (Hg.), *Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich*, Berlin 2003, S. 355–359; außerdem: Diester, *Geheimakte* (wie Anm. 8), S. 233. Für den militärischen Nachrichtendienst der NVA sammelten Egon Streffer, Mitarbeiter im Planungsstab des Bundesverteidigungsministeriums, und Dieter Popp, Sachbearbeiter ebenfalls im Bundesverteidigungsministerium, zwischen 1969 und 1989 Informationen über die im Bunker abgehaltenen WINTEX/CIMEX-Übungen. Vgl. Diester, *Geheimakte* (wie Anm. 8), S. 230–232.

12 Für die CIA spionierten an zentraler Stelle ausgerechnet Theo Saevecke, Leiter des Referates Sicherheit der „Dienststelle Marienthal“, und Paul Dickopf, vor Kriegsende SS-Untersturmführer beim Sicherheitsdienst (SD), später Präsident des Bundeskriminalamtes. Vgl. „CIA spioniert im Regierungsbunker“, in: *Rhein-Zeitung* vom 4.2.2013.

13 Michael Preute, *Vom Bunker der Bundesregierung*, Köln 1984; in erweiterter Form: ders., *Der Bunker. Eine Reise in die Bonner Unterwelt*, Köln 1989; aktuell unter Preutes Künstlernamen neu aufgelegt und vom Verlag als „Roman“ in einer Krimi-Reihe angeboten: Jacques Berndorf, *Der Bunker*, Hillesheim 2018.

14 „Regierungsbunker: Sieben Eide“, in: *Der Spiegel* (1984), Nr. 16, S. 66–76.

15 Ebd., S. 66.



Abb. 1: Seit 2008 sind 203 Meter des 17.336 Meter langen Bunkerstollens als „Dokumentationsstätte Regierungsbunker“ musealisiert¹⁶

ordnete Wolfram Dorn hat 35 Jahre später – die wichtigsten Geheimunterlagen im Bundesarchiv Koblenz waren bis Ende 1999 gesperrt – über die Übung berichtet.¹⁷ Zwei Erkenntnisse aus seinem Bericht sind im Kontext dieses Beitrags erwähnenswert: Zum einen wurde der Bundestag über den tatsächlichen Verlauf der Übung bewusst falsch informiert.¹⁸ Zum anderen hatte man gegenüber den 48 Mitgliedern des als Notparlament fungierenden Gemeinsamen Ausschusses den Eindruck erweckt, sie nähmen an der gesamten Übung teil, was indes nicht stimmte. Im Verlauf des TOP GEAR genannten Übungsverlaufs, an dem das Notparlament beteiligt war, hatten die Mitglieder einem Einsatz von Atomwaffen auf dem Balkan zugestimmt, der aber nicht zustande kam, weil die Gegenseite einen Waffenstillstand und weitere Verhandlungen angeboten hatte. Vier Tage später hatte das Kriegsspiel mit einem Sieg der NATO-Truppen geendet,

16 Privatarhiv Frank Möller, Köln.

17 Wolfram Dorn, *So heiß war der kalte Krieg*. Fallex 66, Köln 2002.

18 Vgl. ebd., S. 175–176.

und die Parlamentarier aus Bundestag und Bundesrat hatten den Regierungsbunker mit einem beruhigenden Gefühl verlassen können: Sie waren scheinbar an allen Entscheidungen beteiligt gewesen, hatten selbst Gesetze und Verordnungen erlassen, und der nukleare Ernstfall war abgewendet worden.

Tatsächlich war die Übung anschließend aber weitergegangen – ohne die zivilen Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses. Während der Übungsteile JOLLY ROGER und FULL MOON war jetzt an der Ahr ein globaler nuklearer Schlagabtausch simuliert worden. FULL MOON hatte die militärische und zivile Reorganisation nach einem solchen Schlagabtausch zum Gegenstand. Dies alles blieb vor dem Parlament und der Öffentlichkeit verborgen. Der Militärausschuss der NATO hatte dazu im Vorfeld intern festgelegt:

„Die etwaigen Einzelheiten der Übung, die weder einen geheimen Charakter tragen noch von überragender Bedeutung sind, sollen nur in dem notwendigen Umfang hervorgehoben werden, um die Aufmerksamkeit von den wesentlichen Aspekten abzulenken, insbesondere von denjenigen Teilen der Übung, die den Einsatz nuklearer Waffen betreffen. Es soll der Presse nicht bekannt werden, daß der NATO-Rat und die nationalen politischen Behörden an der Übung beteiligt sind, und es ist mit allen erdenklichen Maßnahmen zu verhindern, daß dies der Öffentlichkeit bekannt wird.“¹⁹

Das war gelungen. Und ohne die ganze Wahrheit von FALLEX 66 zu kennen, wurden die Notstandsgesetze von der Großen Koalition aus SPD und CDU verabschiedet und traten am 28. Juni 1968 in Kraft.

Das Prinzip, Parlamentarier und Öffentlichkeit von der Kenntnis nuklearer militärischer Planspiele auszuschließen und zu täuschen, setzte sich auch in den folgenden Jahren fort. Bei den von 1968 bis 1989 alle zwei Jahre durchgeführten WINTEX/CIMEX-Übungen der NATO bildeten die Notstandsgesetze jetzt die Rechtsgrundlage. Sie dienten der Einübung des Zusammenwirkens von militärischer Verteidigung mit Zivil- und Katastrophenschutz während eines nuklearen Schlagabtauschs auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Im Zuge seiner Recherchen stieß der Journalist Michael Preute bei Politikern auch hier zumeist auf völlige Ahnungslosigkeit und gelangte zu dem Schluss: „Es ist nicht verwunderlich, daß Bundestagsabgeordnete in Bonn über den Bunker und das, was sich dort abspielt, nicht sprechen wollen, denn die Militärs haben bei diesen Übun-

19 NATO-Geheimpapier RDC/66/305, 14.9.1966, zit. n. ebd., S. 149.

gen totales Übergewicht.“²⁰ Eine Auffassung, die von der Grünen-Abgeordnete Gertrud Schilling, die im Jahr 1987 dem Gemeinsamen Ausschuss angehörte und an einer Übung im Regierungsbunker teilgenommen hatte, bestätigt wurde: „Die haben mir im Bunker ganz offen gesagt, daß wir Zivilisten eigentlich nur den Übungsablauf stören und sie an der Arbeit hindern.“²¹

So lässt sich schlussendlich auch die Frage beantworten, wem gegenüber die strenge Geheimhaltung bei Planung und Bau des Bunkers und bei den anschließend darin durchgeführten Übungen galt. Zum einen waren es die gewählten Parlamentarier, denen Angaben über Kosten und Übungsszenarien vorenthalten wurden. Zum anderen war es die Zivilgesellschaft, der eigentliche Souverän. Dazu die Soziologin Elke M. Geenen:

„Es galt nicht, den Bunker vor der gegnerischen Spionage zu verbergen, denn der Bunker war ein Teil der Abschreckung. Die gegnerische Spionage sollte über seine Existenz und seinen Ort wissen. [...] Jedoch hätte das Wissen um die Durchdachtheit der Konstruktion, der Ausführung und des Betriebs der Bevölkerung Rückschlüsse auf das Ausmaß der Bedrohung erlaubt und ihr das Fehlen eigener Schutzmöglichkeiten verdeutlicht. Daher musste der Bunker bis zu seiner Schließung vor allem gegenüber der Öffentlichkeit des demokratischen Staates ein Geheimnis bleiben.“²²

Diese Aussage lässt sich mit Blick auf die weiteren Bunkeranlagen zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen durchaus verallgemeinern. Die Zivilbevölkerung sollte nichts oder zumindest so wenig Konkretes wie möglich über sie wissen. Die gegnerischen Geheimdienste durften dagegen durchaus eine Ahnung davon haben, dass sich die Gegenseite intensiv auf einen atomaren Schlagabtausch vorbereitete und im Ernstfall nicht klein begeben würde. Denn eben dies war Teil der Abschreckungsstrategie.

20 Preute, *Der Bunker* (wie Anm. 13), S. 113.

21 Ebd. Möglicherweise diente die begrenzte Beteiligung der Parlamentarier zuvorderst auch einem Zweck, den Gerhard Zwerenz in einer bitterbösen Satire auf den Regierungsbunker und seine Besatzung angedeutet hat: „So gewöhnen wir uns an die Brutalität der Details, bis uns das Detail einer jeden Brutalität kalt lässt. Unser einziges Interesse ist, nicht selbst davon betroffen zu sein.“ Gerhard Zwerenz, *Der Bunker*, München 1983, S. 335.

22 Elke M. Geenen, *Der kalkulierte Tod*, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, *Regierungsbunker* (wie Anm. 7), S. 42–51, hier S. 51.

Neben dem Regierungsbunker dürften auch zwei seiner „Satelliten“ den Geheimdiensten der DDR bekannt gewesen sein, zum einen der sogenannte Post- oder Fernmeldebunker. Er lag nicht weit von der „Dienststelle Marienthal“ entfernt in der kleinen Ortschaft Staffell, etwa sieben Kilometer südlich des Regierungsbunkers. Dies war kein Zufall, denn er diente der Anbindung der „Dienststelle“ an das Fernmeldenetz. Zuständig dafür war nicht das Innenministerium, sondern das Bundesministerium für Post und Fernmeldewesen. Im Rahmen der Notstandsgesetze war die Deutsche Bundespost durch das Gesetz zur Sicherstellung der Post- und Fernmeldekommunikationsversorgung darauf verpflichtet worden, Vorsorgemaßnahmen für den militärischen Ernstfall zu treffen. Ebenso wie die „Dienststelle“ wurde auch der Postbunker tief in den Berg hineingebaut. Er besitzt ein eiförmiges Profil, ist rund 400 Meter lang, erstreckt sich über zwei Etagen und wurde nur dann vollständig besetzt, wenn im Regierungsbunker Übungen abgehalten wurden.²³

Der zweite Bunker, der mit der „Dienststelle Marienthal“ unmittelbar verbunden war, befindet sich im 30 Kilometer entfernten Kirspenich, einem Stadtteil von Bad Münstereifel, Tarnname „THW 3“. Oberirdisch sichtbar sind dort nur sechs 20 Meter hohe Antennenanlagen. Zwischen 1963 und 1965 errichtet, waren in dem knapp 40 mal 50 Meter großen unterirdischen Bauwerk die dazugehörigen Funk- und Sendeeinrichtungen untergebracht. Einen Monat lang hätten rund 30 Mitarbeiter hinter meterdicken Wänden und tonnenschweren Toren in dieser hermetisch abgeriegelten Außenstelle ausharren und sich autark versorgen können. Die größere Entfernung zum Regierungsbunker diente dessen Schutz, weil leistungsstarke Funkquellen leicht anzupeilen sind. 1979 wurden der Bunkerkomplex und das Antennenfeld umgebaut und technisch erweitert. Als neue Nutzer kamen in dieser Zeit das Auswärtige Amt für den Botschaftsfunk in alle Welt sowie der Bundesnachrichtendienst und der Bundesgrenzschutz hinzu. Technisch soll die Anlage in der Lage gewesen sein, weit hinter den „Eisernen Vorhang“ zu senden bzw. den feindlichen Funkverkehr abzuhören. 1998 wurde sie stillgelegt und schließlich an einen privaten Nutzer des Geländes verkauft.²⁴

23 Angaben zu Dimension und Besetzung nach: Preute, Der Bunker (wie Anm. 13), S. 67–68.

24 Ein knapper Überblick zu der Anlage findet sich bei Martin Kaule, Faszination Bunker. Steinerner Zeugnisse der europäischen Geschichte, Berlin 2017, S. 28f.

Neben dem Regierungsbunker mit seinen beiden Außenposten existieren auch noch Bunkerbauten, die Vertretern der Landesregierungen im atomaren Ernstfall einen temporären Unterschlupf bieten sollten. Einer von ihnen, der Ausweichsitz der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, wurde von 1962 bis 1965 unter strenger Geheimhaltung geplant und gebaut. NRW folgte dabei Richtlinien des Bundesministers des Innern, denen zufolge aus Gründen der Tarnung „abgelegene und [...] für den Angreifer an sich völlig uninteressante Gegenden“²⁵ als Standorte zu wählen seien. Eine solche Lage fand sich in der Nordeifel nahe Kall-Urft, im Kreis Euskirchen, rund 40 Kilometer vom Regierungsbunker entfernt. Errichtet wurde die Anlage nach dem Muster der kubisch konstruierten Warnämter – eines davon befand sich in Linnich, zwischen Mönchengladbach und Aachen – als viergeschossiges unterirdisches Bauwerk mit einer Grundfläche von ca. 1.000 Quadratmetern. Der getarnte Zugang erfolgte durch den Eingang einer Doppelgarage. Etwa 100 Räume ließen sich in dem Komplex unterbringen, der regional unter dem Tarnnamen „Warnamt Eifel“ bekannt wurde; manche hielten ihn auch für ein Wasserwerk. Im Falle eines Atomkriegs hätten von hier aus der Ministerpräsident des Landes, der Innen- und der Justizminister sowie ein Krisenstab, bestehend aus 200 bis 300 Beamten, die Regierungsgeschäfte weiterführen sollen. Ab 1966 fanden auch Übungen in dem Bunker statt. Die Drehbücher hierfür gab letztlich die NATO vor. Etwa alle zwei Jahre soll das geschehen sein. Der Journalist und Autor Franz Albert Heinen hat 2009 grob skizziert, wie man sich den Ablauf einer solchen Übung vorzustellen hatte:

„Als Lage vorgegeben ist der Dritte Weltkrieg, Atombomben haben das Ruhrgebiet verwüstet. Grüne Polizeiomnibusse holen die Spitzen der Ministerien, insbesondere des Innenministeriums, in Düsseldorf ab, Endstation Urft. Die Männer besetzen verschiedene Führungs- und Lagezentren. 75 Prozent der Mitarbeiter des Innenministeriums sind schließlich in der Eifel. Auch der Ministerpräsident ist dabei, die Polizeiführung des Landes, der Direktor der Landeszentralbank und ein Oberpostdirektor. Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht nach Westen, die Rheinbrücken sind zerstört, die Flüchtlingsströme müssen mit Trinkwasser, Lebensmitteln und mit Unterkünften versorgt werden, viele sind verletzt und brauchen medizinische Hilfe. Das

25 Landesarchiv Darmstadt, H. 1, Nr. 3211, zit. n. Christoph Lubbe, Bunker aus dem Kalten Krieg. Wie Westdeutschland den 3. Weltkrieg überleben wollte, Stuttgart 2013, S. 79.

geschieht von der Eifel aus, über gut geschützte Richtfunk- und Polizeiverbindungen werden die Rettungsmannschaften dirigiert. Herz der Anlage ist das Referat ‚Führung‘. Durch eine Klappe im Führungsraum werden von nebenan laufend Fernschreiben mit den neuesten Hiobsbotschaften gereicht, Befehle sind zu erteilen. Ringsum sind die Fach-Referate angesiedelt. Dort werden die von allen Warnämtern laufend eintreffenden standardisierten Lagemeldungen im ABC-Raum in Formulare übertragen [...]. Ein spezielles Referat befasst sich mit dem Thema ‚Fluchtbewegung‘. Die Männer haben Unterlagen, in denen sie im Detail über sämtliche zur Verfügung stehenden Hilfsmittel informiert werden. Wo lagern jene sieben Notbrücken, die notfalls kurzfristig über den Rhein geschlagen werden können und den Menschen die Flucht ermöglichen? Wo liegen Lebensmittelvorräte, wo Sanitätsmaterial? Nebenan arbeitet das Referat ‚Verkehr‘ auf Hochtouren. Es gilt, die wichtigsten Verkehrsverbindungen aufrecht zu erhalten. Ganz oben auf der Liste stehen die Autobahnen. Im nächsten Zimmer sitzt das Referat ‚Polizei‘, einschließlich Verfassungsschutz. Dessen erste Aufgabe in derart chaotischen Zeiten ist, Plünderungen und Vergewaltigungen zu verhindern, das Recht durchzusetzen, auch wenn die Welt untergeht.“²⁶

Das Ende des Ausweichsitzes der Landesregierung Nordrhein-Westfalens kündigte sich nach der Auflösung des Warschauer Pakts an. Am 19. Januar 1993 wurde per Kabinettsbeschluss seine Zweckbestimmung aufgegeben. 1998 wurde die Anlage an einen Privatmann verkauft, der für ihren Erhalt sorgt und sie museal erschlossen hat. Im Juni 2009 wurde sie offiziell eröffnet. Seitdem finden dort regelmäßig Führungen statt.

Neben dem Ausweichsitz der Landesregierung existieren noch weitere, weniger komplexe Bunkeranlagen zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen. Das ist darauf zurückzuführen, dass der Bund neben den Bundesländern auch Regierungsbezirke, Kreise und Bürgermeister verpflichtet hatte, Bunker als Ausweichsitze für den Kriegsfall zu realisieren. Entsprechend fanden sich beispielsweise Befehlsstellenbunker der Bezirksregierung von Düsseldorf unter der Kreisberufsschule in Geldern oder der Bezirksregierung von Köln unter einem 1965 errichteten Schulneubau in Eicherscheid, einem Ortsteil der Gemeinde Simmerath in der Nordeifel. Auch diese Standorte waren geheim.

26 Franz Albert Heinen, Regierungsbunker: Ein Relikt aus dem Kalten Krieg, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 24.3.2009.

Die beiden letzten zu behandelnden Bunkeranlagen betreffen das Geld- und Finanzwesen. Es geht um den Bundesbank-Bunker in Cochem und den Bunker der Düsseldorfer Landeszentralbank in Satzvey.

Krisenszenarien können mitunter äußerst fantasievoll sein. So rechnete man in der gerade erst gegründeten DDR zu Beginn der 1950er Jahre damit, die Amerikaner würden aus Flugzeugen Kartoffelkäfer über den Äckern abwerfen, um die Ernten der Landwirtschaftsbetriebe zu vernichten. In der Bundesrepublik erwartete man keine Käfer, sondern Falschgeld in großem Umfang. Um dem Szenario einer plötzlichen Destabilisierung der Währung durch gefälschte Banknoten begegnen zu können, ließ die Bundesbank, gestützt auf die Notstandsgesetze, eine Notfallwährung für den Krisenfall drucken. Um sie sicher zu lagern, ließen die Banker zwischen 1962 und 1964 einen besonders gut getarnten, 1.500 Quadratmeter großen Bunker in Cochem, oberhalb der Mosel, errichten – 30 Meter unter der Erde und mitten in einer Wohnsiedlung. Der oberirdische Teil war in einem Doppelhaus als Schulungsstätte der Bundesbank getarnt. Kritischen Nachfragen nach dem Ausbau begegnete man mit dem Hinweis, unter der Schulungsstätte werde eine Luftschutzanlage für die Schulungsteilnehmer und die Anwohner gebaut. Das war nichts Ungewöhnliches in jenen Jahren.

Bis zu 15 Milliarden Mark umfasste die in Cochem eingelagerte Ersatzwährung, die im Ernstfall gegen die mit Falschgeld durchsetzten Barmittel hätten ausgetauscht werden können.²⁷ Im Tresorraum des Bunkers wurde das Geld in Kartons und Säcken bis unter die Decke gestapelt und in regelmäßigen Abständen von Prüfern der Bundesbank inspiziert. 175 Menschen hätten im Innern der Anlage zur Not Platz gefunden. Im Fall eines atomaren Angriffs hätte das enge Moseltal einen relativen Schutz gegen die Druckwelle der Detonation geboten. Außerdem war der Regierungsbunker nur knapp 70 Kilometer entfernt. All das waren Argumente für den außergewöhnlichen Standort.

Über 20 Jahre lang lagerte das Ersatzgeld in Cochem. 1988 hatte es ausgedient und wurde geschreddert. Sechs Jahre später verkaufte die Deutsche Bundesbank die Anlage an die Volksbank Cochem. Seit 2011 steht sie unter Denkmalschutz. Inzwischen hat sich im ehemaligen Schulungszentrum ein Hotelbetrieb etabliert, der Bunker selbst ist durch die Hotelbetreiber musealisiert und zur Besichtigung freigegeben worden.²⁸

27 Details zu den Banknoten und den einzelnen Serien der Ersatzwährung bei Christoph Lubbe, Bunker (wie Anm. 25), S. 162–164.

28 Nähere Informationen zu den Besichtigungskonditionen in: Internet-Portal Bundesbank-Bunker Cochem, <<http://www.bundesbank-bunker.de>> (13.7.2018).

Außer der Bundesbank besaßen auch die Landeszentralbanken eigene Ausweichsitze in Bunkeranlagen. Derjenige der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen entstand in Satzvey, einem kleinen Burgenort an der Grenze zum Nationalpark Eifel. Natürlich geschah auch das im Geheimen. So trat die Landesbank nicht selbst als Auftraggeberin in Erscheinung, sondern überließ die Ausschreibung für den Bau der Gemeinde Satzvey-Firmenich. Auch die Abrechnungen mit den Baufirmen und die Zahlungen späterer Unterhaltskosten liefen über Konten der Gemeinde, die ein Konto bei der Landeszentralbank unterhielt, das regelmäßig ausgeglichen wurde. Der Bunkerbau wurde zudem zeitgleich mit der Errichtung einer Mittelpunktschule verbunden. Exakt unter dem Schulhof entstand ab 1966 die Parallelwelt der Banker, bestehend aus mehr als 70 Arbeits-, Schlaf- und Technikräumen sowie einer Großküche und einer Wäscherei auf zwei Etagen. Die Anlage war für über 100 Personen ausgelegt. Zugänge befanden sich im Keller der Schule, versteckt hinter einer Stellwand, und in einem Treppenhaus auf dem Schulhof. Um den Ort des Ausweichsitzes auch bankintern zu verschleiern, tauchte auf Schriftstücken häufig „Steinfurt“ als Ortsbezeichnung auf, ein Phantasiename für einen Ort, der in der Eifel gar nicht existiert.

Die erste Probebelegungsübung fand unmittelbar nach der Fertigstellung des Bunkers mit 34 Personen an vier Tagen im November 1969 statt, eine zweite Belegungsübung im Mai 1971. Weitere Übungen waren an die Termine der NATO-Stabsübungen gekoppelt. Sie fanden etwa alle zwei Jahre statt und sollen bis zu einer Woche gedauert und etwa 80 Teilnehmer gehabt haben. Die Übungen liefen parallel zum normalen Schulbetrieb und stießen auf lebhaftes Interesse bei den Schülerinnen und Schülern, die eigentlich nichts davon wissen sollten.²⁹ Nach Ende des Kalten Krieges wurden die Übungen eingestellt, technische Gerätschaften ausgebaut, und der Bunker geriet in Vergessenheit. 2012 wurde er erstmals für die Öffentlichkeit geöffnet. Die Hoffnung, im Tresorraum noch auf Banknoten der Ersatzwährung zu stoßen, erfüllte sich indes nicht.

Betrachtet man abschließend, wie viele Bunkeranlagen zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen sich allein auf einem recht überschaubaren Areal im Bereich Eifel/Hunsrück befinden, die mit oft meterdicken Mauern, aufwendigster Technik, Schleusendrucktüren, eigenen Tiefbrunnen,

29 Die Angaben zum Bunker in Satzvey fußen hauptsächlich auf: Lubbe, Bunker (wie Anm. 25), S. 165–173; Christoph Lubbe, Das Sonderbauwerk der Landeszentralbank NRW, in: Internet-Portal geschichtsspuren.de, <<https://www.geschichtsspuren.de/artikel/ausweichsitze-regierungsbunker/184-ausweichsitz-landeszentralbank-nordrhein-westfalen.html>> (13.7.2018).

ausgeklügelten Belüftungssystemen, Kommunikationsanlagen und vielem mehr ausgestattet waren, und rechnet man dies auf die gesamte Bundesrepublik hoch, dann leuchtet die von Bernd Stöver getroffene Feststellung unmittelbar ein: „Die Bunkeranlagen des Kalten Krieges stellen in Qualität und Quantität alles in den Schatten, was der Zweite Weltkrieg hervorgebracht hatte.“³⁰

2. Militäranlagen und Militärbauten

Ich werde lediglich auf drei Arten militärischer Objekte eingehen, mit denen wir es im Betrachtungsraum zu tun haben. Beachtenswert sind Autobahnabschnitte, die für den Kriegsfall als Ausweich-Landeplätze – im Amtsdeutsch Notlandeplatz (NLP) – vorgesehen waren und innerhalb von 24 Stunden für die militärische Nutzung hergerichtet werden konnten. Sie wurden vom Bundesverkehrsministerium in Auftrag gegeben, zu erheblichen Teilen aber vom Verteidigungsministerium und durch die NATO finanziert und überwacht. Die Strecken mussten schnurgerade verlaufen, die Mittelstreifen zwischen den Straßen waren nicht begrünt, sondern durchbetoniert oder asphaltiert, die Leitplanken nur im Boden eingesteckt, um sie schnell demontieren zu können, und an den Enden dieser Notpisten erstrecken sich bis heute überdimensionierte Parkplätze, die für den Kriegsfall als Abstellflächen für Flugzeuge vorgesehen waren. Ein mobiler Tower, mobiles Radar und einiges mehr wurden in der Nähe vorgehalten.

In der Bundesrepublik gab es insgesamt etwa zwei Dutzend solcher Ausweichlandeplätze, der erste entstand 1961.³¹ Im Rheinland existierte ein solcher Abschnitt auf der A 57 zwischen den Ausfahrten Sonsbeck und Alpen im Kreis Wesel auf einer Länge von 3,5 Kilometern. 1981 fertiggestellt hätte er als Ausweichmöglichkeit für den britischen Militärflugplatz der Royal Air Force Laarbruch gedient.³² Ein weiterer Landeplatz befand sich auf halber Strecke zwischen dem ehemaligen Regierungssitz in Bonn und dem Regierungsbunker an

30 Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg. 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters*, München 2007, S. 22.

31 Eine Zusammenstellung findet sich beispielsweise in: Michael Grube, *Autobahn-Flugplätze (Notlandeplätze NLP-Str)*, in: Internet-Portal geschichtsspuren.de, <<https://www.geschichtsspuren.de/artikel/luftfahrt-luftwaffe/113-autobahn-notlandeplaetze-nlp.html>> (13.7.2018).

32 Vgl. Wiebke Hoppe, *Autobahn-Notlandeplatz bei Alpen, Kreis Wesel*, in: Wiebke Hoppe/Wolfgang Wegener (Hg.), *Archäologische Kriegsrelikte im Rheinland*, Essen 2014, S. 135–136.

der Ahr, was natürlich kein Zufall war, denn im Krisenfall hätte man hierher politische Funktionsträger einfliegen können. Der Landeplatz lag auf der A 61 zwischen dem Kreuz Meckenheim und dem Dreieck Bad Neuenahr-Ahrweiler und hatte eine Länge von knapp zwei Kilometern.³³ Ein einziges Mal wurde hier der Ernstfall geprobt: 1973 startete und landete eine Harrier auf der Autobahn.³⁴

Nach und nach verschwinden diese archäologischen Relikte des Kalten Krieges. Fahrbahnerweiterungen und der Ausbau von Parkplätzen für den ständig zunehmenden LKW-Verkehr sorgen dafür, dass die markanten Abstellplätze am Rande der Ausweich-Landeplätze neuen Nutzungen zugeführt werden.

Eine weitere Objektgruppe bilden die Luftabwehrsysteme der NATO auf dem Boden der Bundesrepublik. Ein Luftverteidigungsgürtel verlief quer durch die Republik von den Alpen bis zur Nordsee. In diesem Bereich Europas vermuteten die NATO-Strategen die Hauptstoßrichtung eines sowjetischen Angriffs gegen den Westen. Wichtiger Bestandteil des Verteidigungssystems war ein Abwehrgürtel aus Nike-Raketenstellungen, von denen zu Beginn der 1960er Jahre allein neun linksrheinisch im Rheinland errichtet wurden.³⁵ Dazu zählten Stellungen in Thum bei Nideggen (Eifel), in Billig bei Euskirchen, in Mülheim bei Blankenheim, nahe Kaster/Kirchherten bei Bedburg, bei Kapellen südwestlich von Neuss, bei Wachtendonk in der Wankumer Heide und bei Borgholzhausen

33 Vgl. Grube, *Autobahn-Flugplätze* (wie Anm. 31).

34 Günther Schmitt, *Autobahn war einst Landebahn für den Regierungsbunker*, in: *General-Anzeiger* vom 19.8.2013, in: Internet-Portal *General-Anzeiger*, <<http://www.general-anzeiger-bonn.de/region/ahr-und-rhein/grafschaft/Autobahn-war-einst-Landebahn-f%C3%BCr-den-Regierungsbunker-article1124977.html>> (13.7.2018).

35 Vgl. Margareta Siepen, *Kalter Krieg im Rheinland: Flugabwehrraketenstellungen mit Atomsprengköpfen*, in: Jürgen Kunow (Hg.), *25 Jahre Archäologie im Rheinland 1987–2011*, Stuttgart 2012, S. 219–221; grundlegend: Wilhelm von Spreckelsen/Wolf-Jochen Vesper, *Blazing Skies. Die Geschichte der Flugabwehrraketentruppe der Luftwaffe*, Oldenburg 2004.

im Kreis Gütersloh.³⁶ Zwei weitere Nike-Stellungen eines Hauptgürtels befanden sich auf der rechten Rheinseite im Bergischen Land auf dem Nutscheid bei Waldbröl und bei Marienheide.

Die US-amerikanische Flugabwehrrakete Nike-Hercules konnte sowohl mit konventionellen als auch mit atomaren Sprengköpfen bestückt werden. Sie war zur Bekämpfung massiver Flugzeugeinsätze des Warschauer Paktes vorgesehen und hatte eine Reichweite von ca. 130 Kilometern. Mit den atomaren Sprengköpfen sollten ganze Bomberpulks zerstört werden. Die Verseuchung der Bevölkerung der Bundesrepublik durch radioaktiven Niederschlag nahmen die Militärs dabei billigend in Kauf.

Zur Luftverteidigung waren im Rahmen der NATO deutsche, französische, belgische und US-amerikanische Verbände in der Bundesrepublik stationiert. Die Befehlsgewalt über die nuklearen Sprengköpfe lag vor Ort allerdings ausschließlich beim Personal der US-Armee, während die Trägersysteme von den Verbündeten bedient wurden. Die Nike-Stellungen bestanden jeweils aus einem Abschussbereich und einer Feuerleitstelle, die bis zu 5,5 Kilometer voneinander entfernt liegen konnten. Der Flächenbedarf für die Feuerleitstelle betrug 2 bis 4 Hektar, für den Abschussbereich 10 bis 15 Hektar. Die Herrichtung konnte also großflächige Eingriffe in die Landschaft nach sich ziehen und sorgte für Konflikte mit davon betroffenen Gemeinden.

Den genannten Stützpunkten stand die atomar bestückte Nike-Hercules rund 30 Jahre zur Verfügung. 1987 erfolgte eine Umrüstung auf das nicht atomwaffenfähige Nachfolgemodell Patriot. Nach Ende des Kalten Krieges wurden die Anlagen zurückgebaut, zumal sie den Machthabern im Osten bekannt waren

36 Es gibt bislang keinen regionalhistorischen Überblick über die ehemaligen Nike-Raketenstellungen im Rheinland und über ihren heutigen Zustand, so dass man vorwiegend auf Fundstellen im Internet, auf touristische und archäologische Führer sowie auf graue Literatur aus der Friedensbewegung angewiesen ist, um an Daten zu gelangen. Zu den Raketenstationen im Dürener und Eifeler Raum vgl.: Arbeitsgemeinschaft der Nordeifeler Friedensinitiativen (Hg.), Natopark Nordeifel. Die alltägliche Aufrüstung vor unserer Haustür, Aachen 1984; zur Station in Borgholzhausen: Andreas Großpietsch, Atomraketen auf dem Sundern, in: Haller Kreisblatt vom 3.10.2015, in: Internet-Portal Haller Kreisblatt, <https://www.haller-kreisblatt.de/lokal/borgholzhausen/20586686_Atomraketen-auf-dem-Sundern.html> (13.7.2018); zum Standort Bedburg: Internet-Portal Trägerkreis Atomwaffen Abschaffen, Atomwaffen A-Z, in: <<https://www.atomwaffena-z.info/glossar/b/b-texte/artikel/e741d54748/bedburg.html>> (13.7.2018); Wiebke Hoppe, Raketenstation in der Wankumer Heide, Kreis Kleve, in: Hoppe/Wegener, Archäologische Kriegsrerlikte (wie Anm. 32), S. 105–107; dies., Feuerleitstelle Sonsbeck, Kreis Wesel, in: ebd., S. 108f.; dies., Raketenstation Hombroich, Rhein-Kreis Neuss, in: ebd., S. 172–174.

und bevorzugte Angriffsziele dargestellt hätten. Die meisten Anlagen sind heute überwachsen. Eine Ausnahme stellt der Standort Kapellen bei Neuss dar, der bis 1990 von der belgischen Luftwaffe genutzt wurde. 1994 erwarb der Gründer des Freilichtmuseums Insel Hombroich, Karl-Heinz Müller, das Areal und ließ es zu einer Wohn- und Arbeitsstätte für Künstler umbauen. Dadurch, dass die Hallen, Hangars, Erdwälle und der Beobachtungsturm auf der 13 Hektar großen Fläche in die neue Nutzung einbezogen wurden, überstanden sie das Ende der militärischen Phase, so dass sich die Struktur der Raketenstation dort heute noch recht gut ablesen lässt.

Auf einen letzten Typus militärischer Infrastruktur möchte ich noch hinweisen, obwohl damit längst nicht alle Formen militärischer Anlagen, die während des Kalten Krieges entstanden, erfasst und kategorisiert sind. Dieser Typus zeichnet sich durch eine hohe Verbreitung aus. Es handelt sich um Elemente eines Systems „vorbereiteter Sperren“, von denen es Tausende in der Bundesrepublik gab und noch einige gibt. Darunter fielen Sprengschächte, Sprengrohren, Schwellensperren, Trägerstecksperrern, Ramm Sperren, Fallkörpersperren, Schaumsperrern, Hubkörpersperren und einiges mehr.³⁷ Gemeinsam ist all diesen Sperrvorrichtungen, dass sie den Zweck hatten, gegnerischen Panzer- oder Truppenverbänden den Vorstoß über Straßen, Bahnlinien und Brücken zu erschweren. Die Vorgaben für den Bau der Anlagen stammten von den Militärs, Errichtung und Unterhalt fielen in die Zuständigkeit der Finanzbauämter der Länder. Für die technische Inspektion und Wartung waren wiederum Wallmeistergruppen der Bundeswehr zuständig, die in Zivilkleidung und mit unauffälligen Fahrzeugen ihrer Arbeit nachgingen und gegenüber der Zivilbevölkerung ihren militärischen Status verleugneten. Die Anlagen wurden in der Regel zweimal im Jahr inspiziert.

Die am häufigsten vorkommende Art der vorbereiteten Sperren waren die Sprengschächte. Auf den ersten Blick kann man ihre an der Straßenoberfläche sichtbare Form für Gullydeckel halten, rund 90 cm im Durchmesser, etwa 150 Kilogramm schwer und mit einer Halteschraube in der Mitte versehen. Unter diesen Abdeckungen befanden sich Schächte von etwa 60 cm Durchmesser und mit einer Tiefe von vier bis sechs Metern. Geladen werden konnten diese Schächte mit kreisrunder Munition, die – verharmlosend als „KäselaiB“ bezeich-

37 Details dazu finden sich bei: Michael Grube, Vorbereitete Sperren auf Deutschlands Straßen, in: Internet-Portal geschichtsspuren.de, <<https://www.geschichtsspuren.de/artikel/verkehrsgeschichte/135-sperren-wallmeister.html>> (13.7.2018).

net – aus 25 Kilogramm schweren TNT-Paketen bestand. Befüllt und ausgelöst worden wären die Anlagen nicht von den Wallmeistern, sondern von Pionieren der jeweiligen Stellungstruppen.

Einen Sonderfall stellten „Atomminen“ als Ladung vorbereiteter Sperren dar, im Fachjargon als *Atomic Demolition Munitions* bezeichnet. Derlei Waffen gehörten von 1957 bis Mitte der 1980er Jahre zur regulären Ausrüstung der US-Armee. Verlegt und gezündet worden wären sie ausschließlich von US-Pionierzügen, wobei die atomare Verseuchung der Umgebung auch in diesen Fällen als Kollateralschaden in Kauf genommen worden wäre.

1990 wurde der Bau vorbereiteter Sperren offiziell beendet. Ihr weiterer Unterhalt war zu kostspielig geworden. Die vorhandenen Anlagen wurden meist verfüllt, verschlossen und anschließend mit einem neuen Straßenbelag überbaut. 5.787 ihrer Art soll es – Stand 1990 – bundesweit gegeben haben.³⁸ Zahlen für das Rheinland liegen nicht vor.

3. Bauliche Maßnahmen des Zivilschutzes³⁹

Der Zivilschutz ist Teil der Zivilen Verteidigung, die wiederum eine Ergänzung zur Militärischen Verteidigung darstellt. Beide sind Bestandteile der Gesamtverteidigung. Vom Aspekt „Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen“, der ebenfalls unter die Zivile Verteidigung fällt, ist bereits in Kapitel 1 die



Abb. 2: Zivile Verteidigung, Zivilschutz und Schutzbau³⁹

³⁸ Vgl. ebd.

³⁹ Privatarhiv Frank Möller, Köln.

Rede gewesen. Im Folgenden geht es nun um den Bereich „Zivilschutz“. Und unter den verschiedenen Aufgabenbereichen des Zivilschutzes interessiert hier vor allem der Bereich des „Schutzbaus“.

Mit dem Neuaufbau des Zivilschutzes war in den 1950er Jahren unter teilweiser Übernahme des Personals aus der NS-Zeit begonnen worden. Das im Dezember 1958 installierte Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz (BzB) wurde ab Dezember 1958 zum obersten Akteur. Es trat an die Stelle der vorbereitenden Bundesdienststelle für zivilen Bevölkerungsschutz sowie eines ursprünglich vorgesehenen Bundesamtes für den Luftschutzwarndienst.⁴⁰ Seinen Sitz hatte es zunächst in der Koblenzer Straße 112 und ab November 1962 in der Deutschherrenstraße 93–97, beide in Bonn-Bad Godesberg gelegen. Die Herausforderung des BzB bestand in dem Auf- bzw. Ausbau der Zivilverteidigung als strategische und politische Ergänzung der Wiederbewaffnung. Leicht zu lösen war diese Aufgabe nicht, denn zum einen fehlte es dauerhaft an finanziellen Mitteln, zum anderen an zeitgemäßen gesetzlichen Grundlagen; außerdem bestand große Unsicherheit darüber, wie man die kriegsmüde Bevölkerung für die Anliegen des Zivilschutzes als Teil der Gesamtverteidigung gewinnen sollte. Bis zum Ende des Kalten Krieges wurde in Westdeutschland daher lediglich eine durchschnittliche öffentliche Schutzraumquote von drei Prozent erreicht – mit großen Schwankungen je nach Bundesland. Während sich in Bremen lediglich fünf Einwohner einen Schutzplatz hätten teilen müssen, wären es in Schleswig-Holstein 115 und in NRW 42 gewesen.⁴¹ Leider gibt es bis heute keine amtliche Zusammenstellung all dieser Bauten. Man ist also auf eigene Recherchen bzw. auf die Recherchen verschiedener Interessengruppen angewiesen. Die bislang umfassendste Datenbank dazu hat die private Interessengemeinschaft für historische Militär-, Industrie- und Verkehrsbauten angelegt.⁴² Einige Zahlen daraus: Für die Stadt Köln sind dort 74 öffentliche Schutzräume gelistet, für die Stadt Düren, in der der ers-

40 Das BzB wurde dann 1973 umbenannt in Bundesamt für Zivilschutz (BZS). Aus Gründen der Kostenersparnis wurde es 2001 als Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ) in das Bundesverwaltungsamt eingegliedert. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA und dem unkoordinierten staatlichen Handeln bei den Hochwasserereignissen an Elbe und Oder wurde die ZfZ wieder aufgelöst und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) als Bundesoberbehörde neu geschaffen. Diese existiert bis heute.

41 Zivilverteidigung (1989), H. 1, Erhebungsstand: 31.12.1987.

42 Internet-Portal geschichtsspuren.de, <<https://www.geschichtsspuren.de/datenbanken/bunker-datenbank/table/6/0/bunker.html?resetfilters=1>> (13.7.2018).

te öffentliche Schutzraum in NRW entstand,⁴³ sind es sechs. Hierbei handelte es sich um Räume, die im Falle Düren für eine Belegung mit je 50 bis 635 Schutzplätzen ausgestattet wurden. In Köln erreichten einzelne Anlagen eine Kapazität von bis zu weit über 2.000 Plätzen, in Bonn hielt allein die Mehrzweckanlage unter dem Hauptbahnhof 4.500 Schutzplätze vor, und der als Mehrzweckanlage vorgesehene Straßentunnel an der B 9, der sogenannte Bad-Godesberg-Tunnel, 7.200 Plätze. In Düsseldorf wurden 1956 sogar Überlegungen angestellt, auf einer Länge von einem Kilometer unter der Königsallee Tiefgaragenparkplätze inklusive Tankstelle als Luftschutzbunker zu errichten.

Anders als in anderen Bundesländern war in NRW auch der Bau von Schutzzräumen über mehrere Jahre verpflichtend, was zu einem hohen Bestand geführt hat. Das Kabinett der Landesregierung unter Karl Arnold hatte außerdem 1954 beschlossen, dass in allen staatlichen und öffentlichen Neu- und Erweiterungsbauten, die mit Landesmitteln gefördert wurden, Schutzzräume für die Belegschaft und für vorübergehend anwesende Personen zu errichten seien.⁴⁴ Heute sind all diese Anlagen weitgehend in Vergessenheit geraten und es bedarf eines geschulten Blicks, um Hinweise auf sie beim Gang durch die Städte zu entdecken. Anhaltspunkte dafür bieten beispielsweise noch von außen sichtbare Notausstiegsklappen oder spezifische Formen von Lüftungsbauten, die vor allem bei größeren Schutzzräumen vorkommen.⁴⁵

Dies war nur ein knapper Überblick, der die zahlreich errichteten Hilfskrankenhäuser, Sanitätsmittellager oder privaten Schutzzräume ebenso ausgespart hat wie die Bergungsräume für Kulturgüter; einen solchen gibt es zum Beispiel neben der Domschatzkammer des Aachener Doms. Und auch die Warnämter müssen an dieser Stelle übersprungen werden. Eingehen möchte ich aber noch

43 1955 meldete das Fachblatt Ziviler Luftschutz: „Das neue Dürener Postamt besitzt den ersten Luftschutzkeller in Nordrhein-Westfalen, der im Hinblick auf die Gefahren eines Atomkrieges gebaut wurde. Die Kellerräume, die dem gesamten Personal Schutz bieten, lassen sich drucksicher machen.“ Ziviler Luftschutz 19 (1955), Nr. 5, S. 125.

44 Beschluss des NRW-Kabinetts auf der 384. Kabinettsitzung vom 15.6.1954, in: Internet-Portal Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, <http://www.archive.nrw.de/LAV_NRW/editionPDF?archivNr=185&id=1&navild=3420> (13.7.2018).

45 Einige Bildbeispiele finden sich auf der Website der Interessengemeinschaft für historische Militär-, Industrie- und Verkehrsbauten. Internet-Portal geschichtsspuren.de., <<https://www.geschichtsspuren.de/artikel/bunker-luftschutz-zivilschutz-/194-zivilschutzanlagen-ueberblick.html>> (13.7.2018).

kurz auf die mentale Verfassung der Gesellschaft und der Zivilschutzbetreiber, die im Bau all dieser Atombunker, Schutz- und Bergungsräume ihren Ausdruck fand.

Das Schutzbauprogramm war während seiner gesamten Laufzeit umstritten. Befürworter argumentierten mit den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, dass Schutzbauten damals höhere Verluste unter der Zivilbevölkerung verhindert hätten. Gegner vertraten die Meinung, übermäßige Anstrengungen könnten den potenziellen Angreifer zu der möglicherweise folgenreichen Einschätzung verleiten, man plane selbst einen Angriffskrieg. Dabei gingen die Meinungen der technikaffinen Theoretiker und Praktiker des Zivilschutzes, der Bevölkerung, die schreckliche Erinnerungen an das Ausharren in Bunkern während des Zweiten Weltkriegs hatte, und der Regierungen, die mit Haushaltsmitteln knauserten, oft weit auseinander. Schaut man sich die Seite der Zivilschutz-Vertreter etwas genauer an, dann wird in Fachartikeln der 1950er und 1960er Jahre deutlich, dass es vielen Autoren um deutlich mehr ging als bloß um den Bau einzelner Bunkeranlagen. So wurde 1954 in der Zeitschrift *Ziviler Luftschutz* nicht nur eine Ausweitung des Schutzraumbaus für die Bevölkerung gefordert, sondern mit Blick auf einen künftigen Atomkrieg gleich der Umbau ganzer Städte. Der Autor, ein Ministerialrat a. D., sah dazu folgende Maßnahmen als notwendig an: „Vermeidung jeglicher Wohn- und Wirtschaftsballungen, Dezentralisierung der Industrie, Bereitstellung von Ersatzanlagen für alle entscheidenden und lebenswichtigen Versorgungs- und Produktionsstätten“ und einiges mehr.⁴⁶

Die Zivilschützer suchten mit solchen und vergleichbaren Positionen Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Es ist aus heutiger Perspektive interessant zu sehen und zu hören, welche Vorstellungswelten dem zugrunde lagen. Wie ging man beispielsweise mit der drohenden Gefahr eines Atomkrieges um? Dies war schwierig, denn einerseits musste man die durchaus reale Gefahr benennen, um die Bereitstellung von Mitteln für den Zivilschutz bei der Politik anzumahnen und die Bevölkerung als freiwillige Helferinnen und Helfer zu mobilisieren; andererseits musste man aber auch aufkommende Angst und Panik einzudämmen versuchen. Zu viel Angst konnte sich dysfunktional auswirken, konnte die Bevölkerung lähmen und ihre Mobilisierungsfähigkeit in Sachen Zivilschutz vermindern. Dass dabei eine Entscheidung für eine klare Linie schwerfiel, macht ein Blick in die Publikumszeitschrift *ZB-Illustrierte* deutlich, eine Publikation des Bundesluftschutzverbandes, die von 1956 bis 1958 zuerst mo-

46 Alexander Löffken, Warum „Baulicher Luftschutz“?, in: *Ziviler Luftschutz* 18 (1954), Nr. 12, S. 282f., hier S. 282.

natlich, dann 14-tägig in einer Auflage von 100.000 Exemplaren erschien.⁴⁷ Die Titelgeschichte vom Juni 1957 malte den Umgang mit atomarer Materie als eine Art Horrorgeschichte aus und setzte damit auf die Karte der Angsterzeugung. Den Titel zierte eine in grellen Farben gehaltene Zeichnung eines Menschen, der mit Entsetzen im Blick die Hände einem emporsteigenden Atompilz abwehrend entgegenstreckt. Titel der Geschichte: „Die Rache der Atome“.⁴⁸ Ganz anders zwei Monate später: Jetzt wurden fünf US-Offiziere zu Helden stilisiert, die sich ohne Schutz in der Wüste von Nevada unter einem detonierenden Atomsprenghopf positioniert hatten. Die Zeichnung zeigt vier von ihnen, die völlig schutzlos in das Feuer einer über ihnen detonierten Atomladung blicken.⁴⁹ Fazit: Atomdetonationen in großer Höhe können den Menschen auf der Erde nicht gefährlich werden. Die zunächst erzeugte Angst wurde wieder eingefangen.

Die Zivilschutzakteure selbst präsentierten sich gegenüber der Öffentlichkeit als kühle, rationale Aktivisten, deren Ziel darin bestand, der Bevölkerung die aus ihrer Sicht unbegründete Angst zu nehmen und über Schutzmöglichkeiten im Kriegsfall sachlich und mit Autorität aufzuklären. Sie waren dabei sehr rüh- rig. Es gab zahlreiche Bücher, Filme, eine fahrbare Luftschutzausstellung, die die Marktplätze vieler Städte anfuhr, sowie Landesluftschutzschulen, an denen Helfer und Multiplikatoren ausgebildet wurden. Ihre Aussagen über die technischen Mittel, derer man sich bei den Schutzmaßnahmen im Falle eines Atomkriegs zu bedienen gedachte, waren allerdings geprägt von einer zeittypischen naiven Technikgläubigkeit. Erich Hampe, Präsident der Bundesanstalt für zivilen Luftschutz, sagte dazu 1954 im WDR:

„[B]ei allen Arbeiten, die hier durchgeführt werden, ist in erster Linie natürlich auch immer an die Atomgefahr gedacht. Jawohl, die Schutzanzüge haben eine andere Farbe bekommen, und zwar nicht nur damit sie weniger erschreckend aussehen, sondern aus praktischen Gründen. Bei der Atombombenexplosion ist ja immer mit sehr starken Hitzewirkungen zu rechnen. Auch bei den Feuerstürmen wird die Luft sehr stark überhitzt, und es ist ja bekannt,

47 Ab 1959 wurde die Zeitschrift unter dem Titel „Ziviler Bevölkerungsschutz“ fortgesetzt.

48 ZB-Illustrierte. Zeit-Berichte + Zeit-Bilder für Menschen im Atomzeitalter (1957), Nr. 12, Titelseite, in: Internet-Portal Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, <http://download.gsb.bund.de/BBK/Magazin/BBK_Bevoelkerungsschutz195712.pdf> (13.7.2018).

49 Ebd., (1957), Nr. 18, Titelseite, in: ebd., <http://download.gsb.bund.de/BBK/Magazin/BBK_Bevoelkerungsschutz195718.pdf> (13.7.2018).

dass die weiße Farbe Wärmestrahlen reflektiert. Tatsächlich hat sich bei bestimmten Arbeiten gezeigt, dass man in diesen weißen Schutzanzügen mindestens doppelt so lange arbeiten kann als in den früheren dunkel gefärbten.“⁵⁰

Ähnlich scheinrational dozierten auch diejenigen Sachverständigen, die sich mit dem Schutzraumbau auseinandersetzen hatten. Ihre Argumentation klang oft recht bemüht und wurde von der Bevölkerung als wenig glaubhaft empfunden. Ein Beispiel aus einer NDR-Sendung des Jahres 1962:

„Wir Bausachberater vom Bundesluftschutzverband unterscheiden Vollschutz, Teilschutz und Behelfsschutz. Unter Vollschutz wird verstanden der Schutz gegen Waffenwirkung aus Sprengbomben herkömmlicher Art, gegen Hitzestrahlung, Luftstoß und Anfangsstrahlung sowie Rückstandsstrahlung aus nuklearen Angriffsmitteln. Der Teilschutz erstreckt sich auf den Schutz gegen Trümmerlasten aus vorhandenen Gebäuden und radioaktiver Rückstandsstrahlung. Er ist in den Hauskellern zu schaffen. Unter Behelfsschutz wird der Mindestschutz verstanden, wie er in der Broschüre ‚Jeder hat eine Chance‘ dargestellt wurde.“⁵¹

Aber gerade die 1961 an alle bundesdeutschen Haushalte verteilte Broschüre geriet zu einer regelrechten informationspolitischen Katastrophe.⁵² Sie war der Versuch, der diffusen Angst vor der Atombombe mit der nüchternen Beschreibung ihrer genauen Wirkungsabläufe zu begegnen. Hiroshima und Nagasaki, so die Behauptung der Verfasser, hätten gezeigt, dass auch atomare Detonationen überlebt werden könnten, wenn man sich im Ernstfall nur richtig verhielte. Entsprechend wartete die Broschüre mit sinnigen Ratschlägen zum richtigen Verhalten bei Atomdetonationen auf. Darunter auch der fatale Hinweis, man möge den Kopf im Falle einer solchen Detonation mit einer Aktentasche schützen. Natürlich bewirkte die Broschüre genau das Gegenteil von dem, was sie erreichen wollte. Sie aktivierte Ängste statt sie einzudämmen. Gleichzeitig rückte sie die massiven Defizite des Zivilschutzes ins Blickfeld, statt wirksamen Schutz

50 Erich Hampe, Präsident der Anstalt für zivilen Luftschutz, in: WDR, Echo des Tages, 23.11.1954, WDR-Schallarchiv Nr. 6129309105 1 02 File.

51 Statement Bausachberater, in: NDR, Hat jeder eine Chance?, 2.3.1962, NDR-Schallarchiv Nr. F830710.

52 Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz (Hg.), Jeder hat eine Chance, Bad Godesberg o.J. [1961].

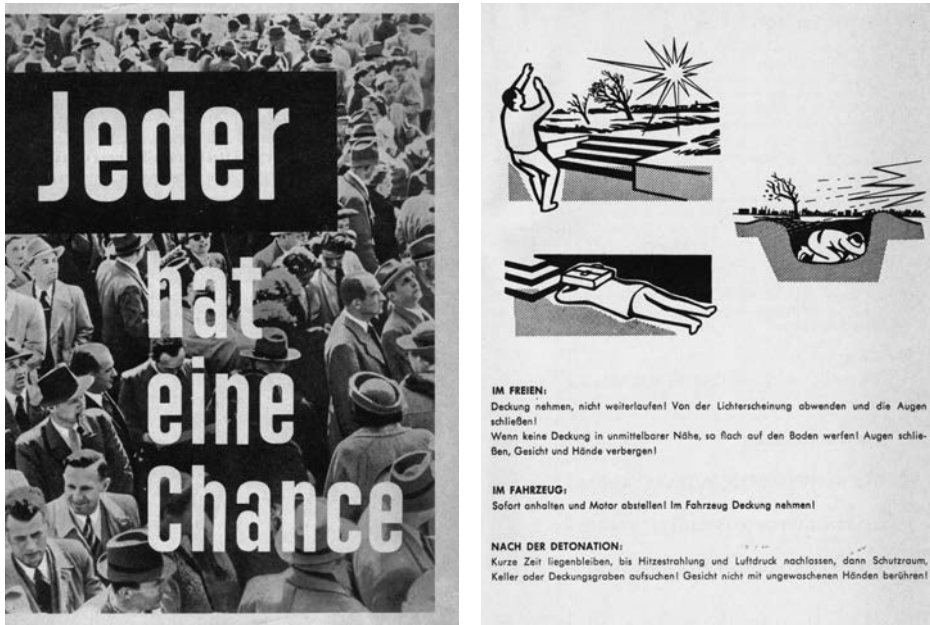


Abb. 3 und 4: Titelseite und Innenseite der millionenfach verteilten Broschüre „Jeder hat eine Chance“ aus dem Jahr 1961⁵³

anzubieten. Und sie verstärkte ein ohnehin schon existierendes Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der eigenen Regierung. Innenminister Höcherl musste sich für die Broschüre im Bundestag verantworten.⁵⁴

Der oft zitierte Aktentaschen-Tipp aus der Bundesbroschüre hat sich sogar bis in die Gegenwart als außerordentlich zählbares Utensil erwiesen. Als im Jahr 2008 der Zivilschutz sein fünfzigjähriges Bestehen feierte, klagte der Präsident des inzwischen zuständigen Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Christoph Unger, der Öffentlichkeit sein Leid über den unheimlichen Wiedergänger: „Das Bild der ‚Aktentasche über dem Kopf‘ als Schutz bei einer nuklearen Explosion begleitet uns seit Jahren.“ Die Aktentasche zeitige heute noch problematische Folgewirkungen. „Unsere Vorschläge zur Selbsthilfe und zum Selbstschutz, die zur Vorbereitung und Bewältigung großer Schadens-

⁵³ Privatarchiv Frank Möller, Köln.

⁵⁴ Deutscher Bundestag, 7. Sitzung, Bonn, 7.12.1961, in: Internet-Portal Deutscher Bundestag, <<http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/04/04007.pdf>> (13.7.2018).

ereignisse [...] notwendig sind, werden häufig unter dem Hinweis auf die damaligen umstrittenen, jedoch von einer Bundesoberbehörde getragenen Empfehlungen abgetan.“⁵⁵

4. Orte, von denen aus die Ideenlandschaft des Kalten Krieges geprägt wurde

Hinterlassenschaften des Kalten Krieges bestehen nicht nur aus Bunkern, Raketendepots und Sprengschächten – also aus Immobilien unterschiedlicher Art. Der Kalte Krieg war auch und gerade ein Kampf um die Köpfe der Menschen. Er prägte Ideenlandschaften und die politische Kultur von Gesellschaften. Die Bestimmung von Orten, Akteuren und Netzwerken, die prägenden Einfluss auf diese Ideenlandschaften nahmen, ist aufwendig. Einige Studien liegen dazu vor,⁵⁶ regionalgeschichtlich gibt es bislang jedoch keine größere Arbeit, die sich des Themas in der nötigen Breite angenommen hätte. Ein regionalgeschichtlicher Ansatz kann auch kaum darin bestehen, einzelne Akteure bloß additiv aufzuzählen. Interessant sind gerade die Verbindungen, die gepflegt wurden, und die Resultate, die das erbrachte. Im Rahmen einer größeren Arbeit bin ich vor einigen Jahren auf eine Person gestoßen, die man zu Recht als einen *Homo politicus*, einen überzeugten Kalten Krieger und einen begnadeten Netzwerker bezeichnen kann. Das Netz, das er geflochten hat, und in dem er sich zwischen politischen und geschäftlichen Interessen virtuos bewegte, umfasste private Organisationen des Kalten Krieges wie den Kongress für kulturelle Freiheit, Bundesministerien wie das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, nachgeordnete Behörden wie die Bundeszentrale für Heimatdienst und eine Reihe abgeschirmter Zirkel un-

55 Christoph Unger, 50 Jahre Zivil- und Bevölkerungsschutz in Deutschland, in: Internet-Portal Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, <https://www.bbk.bund.de/DE/DasBBK/Geschichte/50Jahre/50-Jahre_Zivil-Bevoelkerungsschutz_einstieg_01.html> (13.7.2018).

56 Stellvertretend: Axel Schildt, Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999; Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998; Enrico Heitzer, Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959, Köln/Weimar/Wien 2015; Gudrun Hentges, Staat und politische Bildung. Von der „Zentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für politische Bildung“, Wiesbaden 2013; Stefan Creuzberger, Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969, Düsseldorf 2008.

terschiedlicher Zusammensetzung. Alle diese Einrichtungen sind im Rheinland zu verorten, und diejenige Person, die die Verbindungen zwischen ihnen geflochten hat, ist der gebürtige Kölner Joseph Caspar Witsch (1906–1967).⁵⁷

Witsch war Verleger, hatte sein Unternehmen nach seiner Flucht aus der Sowjetischen Besatzungszone zusammen mit der Verleger-Legende Gustav Kiepenheuer 1948 in Hagen gegründet und 1950 – zu dem Zeitpunkt lebte Kiepenheuer schon nicht mehr – nach Köln verlegt. Dort firmierte es unter dem Namen Kiepenheuer & Witsch.⁵⁸ Zu seinen Autoren zählten nicht nur Heinrich Böll, Erich Kästner, Joseph Roth, Erich Maria Remarque und der spätere Literaturnobelpreisträger Czesław Miłosz, sondern auch zahlreiche Verfasser antikommunistischer Literatur; darunter Margarete Buber-Neumann mit ihren Lebenserinnerungen „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“ (1952), Leo Trotzki mit seiner Stalin-Biografie (1952), Wolfgang Leonhard mit dem Welterfolg „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ (1955), Carola Stern mit ihren Bänden über die SED (1957) und über Walter Ulbricht (1963), Jürgen Rühle mit dem enzyklopädischen Werk über das Verhältnis von „Literatur und Revolution“ (1960) sowie Manès Sperber mit der Romantrilogie „Wie eine Träne im Ozean“ (1961).⁵⁹ Unter den deutschen Verlagen findet sich kein zweiter, in dessen Programm die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus über eine Zeit von 15 Jahren eine derart breite Spur hinterlassen hat.

Witschs Verlagsstart im weitgehend kriegszerstörten Köln begann im Januar 1950 unter zeittypischen Bedingungen in einem feuchten Luftschutzbunker an der Kevelaer Straße in Köln-Riehl. Zum Jahresende konnte der Verlag geeignetere Räume in der Kölner Innenstadt am Hansaring beziehen. Von diesen beiden Standorten aus organisierte der Verleger ab Juni 1950 seine antikommunistischen Aktivitäten. Den Beginn markiert der 4. Juni 1950. An diesem Tag fand in Bonn ein folgenreiches Treffen statt, dessen Ziel es war, einen Aufruf zu

57 Frank Möller, *Das Buch Witsch. Das schwindelerregende Leben des Verlegers Joseph Caspar Witsch*, Köln 2014; ders., *Dem Glücksrad in die Speichen greifen. Joseph Caspar Witsch, seine Autoren, sein Verlagsprogramm und der Literaturbetrieb der frühen Bundesrepublik*, Köln 2015.

58 Zur Lebensgeschichte Witschs und zur Entwicklung seines Antikommunismus bis 1948: Möller, *Buch Witsch* (wie Anm. 57), S. 20–245.

59 Ausführlich zum antikommunistischen Teil des Verlagsprogramms: Frank Möller, *Joseph Caspar Witsch: Verleger und Netzwerker im Dienst des Antikommunismus*, in: Stefan Kreuzberger/Dierk Hoffmann (Hg.), *„Geistige Gefahr“ und „Immunsierung der Gesellschaft“*. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 297–319; Möller, *Buch Witsch* (wie Anm. 57), S. 369–432.

redigieren, der im ganzen Bundesgebiet bekannt gemacht werden sollte. Überschrieben war er mit „Rettet Deutschland für Europa“, und ebenso nannte sich zunächst auch der Kreis der Aufrufenden. Einem als „Vertraulich!“ deklarierten Schreiben des ehemaligen Buchenwald-Häftlings Heinz Baumeister ist zu entnehmen, dass es „ein repräsentativer Kreis von Flüchtlingen“ aus der SBZ/DDR war, der sich in Bonn traf.⁶⁰ Die meisten Teilnehmer waren parteipolitisch der CDU zuzuordnen, viele waren – wie auch Witsch – aus Thüringen in den Westen gelangt. Neben Witsch und Baumeister wurden genannt: der ehemalige Präsident der Regierung des Landes Thüringen Hermann Brill, der Jesuitenpater und Caritas-Direktor Franz-Josef Diederich, der Präsidenten des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden und spätere kommissarische Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz Hanns Jess, der Publizist Eugen Kogon, der Schriftsteller Rudolf Hagelstange und der Pädagoge Theodor Litt.

Baumeister nannte drei Ziele, die nach dem Treffen angegangen werden sollten und auch tatsächlich umgesetzt wurden. Ein publizistisches Zentrum sollte aufgebaut, ein verlässlicher Informationsdienst geschaffen und eine Serie „Rote Weißbücher“ herausgegeben werden.⁶¹ All das geschah ab Juli 1950 in Witschs Verlagsräumen. Und mit dem Umzug in die Kölner Innenstadt ersetzte das „Publizistische Zentrum für die Einheit Deutschlands“, kurz: PZ, namentlich die Aktion „Rettet Deutschland für Europa“.

Das Zentrum gab jetzt einen 14-tägig erscheinenden Informationsdienst heraus, das PZ-Archiv, für das zu Beginn Witsch, Baumeister und Ernst Tilling, Leiter der Berliner Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, verantwortlich zeichneten. Die Redaktion lag in den Händen des Baltendeutschen Berend von Nottbeck, der für Witsch arbeitete. Sowohl die redaktionelle Erstellung des PZ-Archivs als auch dessen Druck wurden komplett aus Witschs Verlagsräumen abgewickelt. Der Informationsdienst hatte den Zweck, Medien, Multiplikatoren sowie Einrichtungen von Staat und Wirtschaft mit aktuellen Informationen über die Entwicklungen in der DDR zu versorgen. Ganz dem Zeitgeist und einer anti-kommunistisch-kämpferischen Diktion verpflichtet, prangte auf jeder Titelseite die Aufforderung: „Besinnt euch auf eure Kraft – der Westen ist stärker!“

Im April 1952 wurde das PZ-Archiv zum SBZ-Archiv umgeformt, Witsch zeichnete ab jetzt als alleiniger Herausgeber. Das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen nahm rund 5.000 Exemplare der Zeitschrift ab – etwa 80 Prozent

60 Rundschreiben von Heinz Baumeister, Bad Godesberg vom 7.6.1950, Bundesarchiv (BA) Koblenz, N 1086/34.

61 Ebd.

der Gesamtauflage – und ließ sie kostenlos verteilen. Außerdem finanzierte es Witsch alle Personalkosten sowie eine kostspielige Alarmanlage samt angeschlossenen Wachdienst für das Redaktionsbüro, auf das nicht zuletzt der ostdeutsche Geheimdienst ein Auge hatte. Das SBZ-Archiv wurde 1968, ein Jahr nach Witschs Tod, als Deutschland-Archiv weitergeführt. Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung existiert es seit 2011 in einer Online-Fassung.

Das Publizistische Zentrum und sein PZ/SBZ-Archiv waren von Beginn an mit der Buchreihe verbunden, die Baumeister als dritten Programmpunkt angesprochen hatte: die Reihe „Rote Weißbücher“. Sie sollte vor allem empirische Analysen der politischen Praxis und wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR liefern. Insgesamt erschienen 16 Titel.⁶² Auch die Verteilung der Bücher lässt sich rekonstruieren. So ging in Abstimmung mit dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen zum Beispiel von Gerd Friedrichs Buch über die FDJ das größte Kontingent an Kultusministerien: 6.000 Exemplare nach Düsseldorf, je 3.000 nach Wiesbaden und Stuttgart und 1.125 nach Kiel.⁶³ Über die Kultusministerien gelangten die Bücher weiter in Schulen mit der ausdrücklichen Anweisung, das Buch zum Gegenstand des Unterrichts zu machen. Der Kampf um die Köpfe sollte früh beginnen.

Finanziert wurden die „Roten Weißbücher“, wie auch einige andere Publikationen aus Witschs Verlag, mit amerikanischer Aufbauhilfe. Damit rückt das damalige Zentrum alliierter Kontrolle in Bonn-Mehlem in die Liste derjenigen Orte auf, von denen aus die Ideenlandschaft des Kalten Krieges geprägt wurde. In Mehlem, in der Deichmannsau 29–39, residierte von November 1951 bis 1955 in einem weitläufigen, eigens zu diesem Zweck errichteten Bürokomplex der (US) High Commissioner for Germany (HICOG). HICOG war als Nachfolgeorganisation des Office for Military Government (OMGUS) Teil des 1948 von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich geschaffenen alliierten Kontrollapparates für den Westen Deutschlands. Die US-amerikanische Behörde hatte zunächst im IG Farben-Haus in Frankfurt am Main residiert

62 Die Einzeltitel werden genannt in: Möller, Buch Witsch (wie Anm. 57), Anm. 131, S. 687–688.

63 Versandliste „Friedrich“ vom 22.10.1951, in: Geschäftsarchiv Kiepenheuer & Witsch, Box 4, Akte 3, Bl. 35.

und wurde von John McCloy als Hochkommissar geleitet. Nach der Entscheidung für Bonn als künftige Hauptstadt der Bundesrepublik wurde sie schrittweise dorthin verlegt.⁶⁴

Witsch pflegte intensive Kontakte mit dem engeren Mitarbeiterstab von Shepard Stone. Stone stand unter McCloy dem Büro für öffentliche Angelegenheiten des HICOG vor und nutzte die beträchtlichen finanziellen und personellen Mittel, die ihm damit zur Verfügung standen, unter anderem zum Aufbau einer demokratischen Presse und zur Unterstützung von Verlegern und Journalisten. Sein Büro und seine Villa im Stadtbezirk Bad Godesberg wurden daher rasch zum Dreh- und Angelpunkt für all diejenigen, die Kontakte zur amerikanischen Administration suchten und weitere Förderquellen erschließen wollten. Über Stones Büro flossen sechsstellige DM-Beträge in Witschs Verlag, die alle nachvollziehbar abgerechnet wurden. Es kam allerdings auch zu unquittierten Bargeldübergaben, die vermutlich in die Finanzierung von Tarnausgaben antikommunistischer Literatur für den Einsatz in der DDR und in Ost-Berlin sowie in weitere verdeckte Aktivitäten geflossen sind.⁶⁵

Ab 1953 führte Witsch seine Geschäfte von einem neuen Standort aus. In Köln-Marienburg hatte er in der Rondorfer Straße 5 eine Villa erworben, die bis 2008 als Verlagssitz dienen sollte. Zwei wichtige Partner garantierten auch hier, dass die Geschäfte mit antikommunistischer Literatur gut liefen. Für das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG)⁶⁶ – es befand sich von 1949–1957 im Zentrum Bonns am Bottlerplatz 1 im „Stadthaus“, anschließend zog es in ein Gebäude Ecke Hofgarten/Lennéstraße um – und die ebenfalls in Bonn beheimatete Bundeszentrale für Heimatdienst avancierte Kiepenheuer & Witsch zusammen mit dem 1953 gegründeten Tochterunternehmen Verlag

64 Zu Bedeutung, Rolle und Politik der Hohen Kommissare ausführlich: Helmut Vogt, Wächter der Bonner Republik. Die Alliierten Hohen Kommissare 1949–1955, Paderborn 2004.

65 Dies äußerte z.B. Andreas Landshoff, Sohn des Amsterdamer Exil-Verlegers Fritz H. Landshoff. Landshoff war von 1952 bis 1955 in Witschs Verlag tätig. Nach seiner Schilderung war er zugegen, als Witsch in Mehlem von einem deutschsprachigen Amerikaner eine fünfstelligen Summe Geldes entgegennahm, in einem Koffer verstaute und damit nach Köln zurückfuhr. Nach Landshoff war dies kein einmaliger Vorgang sondern „Routine“. Nachzuhören sind die Äußerungen Landshoffs in: Frank Möller, „Der Westen ist stärker!“ Joseph Caspar Witsch – Verleger und Netzwerker des Kalten Krieges, Deutschlandfunk, 7.5.2010, Internet-Portal Erinnerungskultur und Gegenwartsdeutung, <http://frank-moeller.eu/wp-content/uploads/2017/11/03_DLF-Sendung-%C3%BCber-Witsch.mp3> (13.7.2018).

66 Creuzberger, Kampf für die Einheit (wie Anm. 56).

für Politik und Wirtschaft zum „Hausverlag“. Ministerium und Bundeszentrale kauften zahlreiche Bücher an, und wenn es zu einer Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für Heimatdienst kam, übernahm Kiepenheuer & Witsch in der Regel den Versand an ausgewählte Einzeladressaten. Es gibt eine Zusammenstellung über den Abnehmerkreis des „Tagebuchs der Hölle“ von Jan Valtin.⁶⁷ Sie verschafft einen recht guten Eindruck davon, wie heterogen der Kreis von Organisationen in der Ära Adenauer war, der sich als Abwehrgemeinschaft gegen die Kräfte des Kommunismus formiert hatte. Genannt werden dort beispielsweise das Gesamtdeutsche Ministerium, das Bundesministerium für Verteidigung, das Bundesamt für Verfassungsschutz, die Gewerkschaften ÖTV und IG Metall, das Ostbüro der SPD, der Deutsche Warndienst für Industrielle, der Volksbund für Frieden und Freiheit sowie Geschichtslehrer der Ober- und Volksschulen.⁶⁸

Joseph Caspar Witschs Aktivitäten erschöpften sich jedoch nicht allein in der Produktion und im Vertrieb antikommunistischer Literatur. Er gab darüber hinaus auch entscheidende Impulse zur Gründung antikommunistischer Organisationen. Um zwei von ihnen soll es am Schluss dieses Beitrags gehen. Die Spur zur ersten führt nach Köln-Lindenthal zum Stadtwaldgürtel 42. Dort befand sich seit 1957 der Sitz des Ostkollegs der Bundeszentrale für Heimatdienst. Ausgangspunkt für dessen Gründung war ein geheim tagender Zirkel, der unter dem Namen „Witsch-Kreis“ firmierte.⁶⁹ Ihm gehörten neben dem Initiator Joseph Caspar Witsch folgende Personen an: Berend von Nottbeck, der Witschs Zweigverlag leitete, Witschs Autoren Wolfgang Leonhard und Joseph Scholmer („Die Toten kehren zurück“), Otto Stolz, Herausgeber des gewerkschaftseigenen Publikationsorgans *Welt der Arbeit*, und aus Reihen des NWDR Köln der Wirtschaftsexperte Hans Otto Wesemann sowie Carl Linfert, Leiter des wissenschaftlichen Nachtprogramms.⁷⁰

67 Zu Inhalt, Verbreitung und kontroverser Rezeption des Buches: Möller, *Buch Witsch* (wie Anm. 57), S. 411–421.

68 Bundeszentrale für Heimatdienst, Verteilerliste zu Jan Valtins „Tagebuch der Hölle“, ohne Datum [1957/58], BA Koblenz, B 168/762.

69 Zum Witsch-Kreis und zu seiner Bedeutung für die Gründung des Ostkollegs ausführlich: Möller, *Buch Witsch* (wie Anm. 57), S. 527–536.

70 Ehemaliges Historisches Archiv der Stadt Köln (Ehem. HASTK), 1514/25, Sitzungsprotokoll vom 15.6.1955 in Köln-Marienburg, Rondorfer Str. 5 [Verlagssitz]. In dem Protokoll wird Joseph Scholmer als Herr Dr. Schölmerich geführt. Schölmerich ist der Geburtsname, unter dem Namen Scholmer taucht er meist als Autor auf.

Was die Teilnehmer des Kreises miteinander verband, war die gemeinsame Einschätzung, dass der Westen – und hier zuvorderst die Bundesrepublik – in der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Osten ins Hintertreffen geraten war.⁷¹ Im Laufe des Jahres 1955 traf sich der Witsch-Kreis zu einer Reihe konspirativer Arbeitssitzungen – im Juni allein drei Mal –, meist in den Räumen des Verlages. Dass seine Arbeit nicht folgenlos blieb, lag daran, dass Witsch sehr früh amtliche Kreise mit einbezog und hierfür seine politischen Kontakte ins Bundesinnenministerium und ins Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen nutzte. Zu den kontinuierlichen Teilnehmern des Kreises zählte daher auch Wilhelm von Hahn von der Bundeszentrale für Heimatdienst, der die Ergebnisse der Treffen an den Staatssekretär im Innenministerium, Hans Ritter von Lex, weiterleitete.

Eine der ersten praktischen Aktivitäten des Witsch-Kreises bestand in der Ausrichtung einer Arbeitstagung, die vom 22. bis 23. November im Hotel Zum Weißen Roß in Bad Niederbreisig am Rhein stattfand. Die Tagung hatte streng konspirativen Charakter, weil man sich des Interesses des ostdeutschen Ministeriums für Staatssicherheit gewiss war. Neben Witsch nahmen 38 Personen an dem Treffen teil.⁷² Unter ihnen waren Vertreter des Deutschen Industrieinstituts, des späteren Instituts der Deutschen Wirtschaft, sowie des Bundes katholischer Unternehmer, beide mit Sitz in Köln, außerdem leitende Mitarbeiter der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, der Welt der Arbeit und des Weser-Kuriers, zudem Klaus Harpprecht für den Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS), Hans Otto Wesemann und Gerd Ruge für den Nordwestdeutscher Rundfunk (NWDR), der Leiter der Bundeszentrale für Heimatdienst, Paul Franken (CDU), Vertreter des Bundesministeriums des Innern (BMI), des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen, des Bundespresseamtes und des Auswärtigen Amtes sowie der CDU- und SPD-Fraktion im Bundestag. Aus Witschs unmittelbarer Umgebung waren Berend von Nottbeck und Carola Stern zugegen, außerdem Joseph Scholmer (Schölmerich). Als Träger der Tagung trat „der Witsch-Kreis in eigener Autonomie“⁷³ auf.

71 Ebd.

72 Die Anzahl geht aus einer Teilnehmerliste hervor. Ehem. HASTK, 1514/25. Werner Maibaum spricht von 33 Teilnehmern: Werner Maibaum, Ostkolleg der Bundeszentrale für Heimatdienst. Gründungsgeschichte und Aufbauphase, Bonn 2004, S. 18.

73 BA Koblenz, B 106/3275 (2), Brief von der Bundeszentrale für Heimatdienst, Wilhelm von Hahn an den Bundesinnenminister vom 21.10.1955 mit handschr. Vermerk von C.H. Lüders, zitiert nach ebd., S. 18.

In Folge der Tagung entstand ein zehnteitiges Arbeitspapier „Empfehlungen eines Kreises politischer Publizisten“.⁷⁴ Es enthielt 14 Einzelvorschläge, die von der Aufforderung zu einer beschleunigten Inbetriebnahme eines deutschen Langwellensenders bis zur Aktualisierung von Lehrplänen für Gegenwartskunde und Geschichte reichten. Davon blieb vieles unverwirklicht, eines aber nicht: Witsch hatte die Gründung eines antikommunistisch ausgerichteten Schulungszentrums angeregt. Die Überlegungen, die dazu geführt hatten, waren einfach. Die SED hatte früh mit der Entwicklung eines umfassenden Schulungsapparates für ihre Mitglieder begonnen und diesen im Sommer 1950 mit der Einführung eines Parteilehrjahres auf eine denkbar breite Basis gestellt. Ergänzt wurden diese Aktivitäten noch um weitere staatspolitische Unterrichtungen und um Schulungsprogramme der Massenorganisationen. In der Bundesrepublik hatten die staatlichen Stellen dem bis dato wenig entgegenzusetzen – mit Folgen: „Die bisherigen Begegnungen mit den Vertretern der Sowjetzone“, so Witsch, hätten

„gezeigt, daß die westlichen Gesprächspartner nicht immer allen Anforderungen derartiger Diskussionen gewachsen sind. Allein mit dem Argument des höheren Lebensstandards in der Bundesrepublik lassen sich die politischen Fragen nicht meistern. Es ist daher vordringlich, möglichst weite Kreise für diese Probleme zu interessieren und sie für die bevorstehenden politischen Auseinandersetzungen zu befähigen.“⁷⁵

Um den Rückstand an Wissen und Rhetorik aufzuholen, schlug der Witsch-Kreis ein Angebot aus Wochenkursen vor, das den Teilnehmern solide Grundkenntnisse in sowjetisch-stalinistischer Ideologie und in politischer Praxis der DDR und der Sowjetunion vermitteln sollte. Darüber hinaus empfahl er sechs-wöchige bzw. dreimonatige Lehrgänge, um einen Stamm von aktiven Kräften herauszubilden, der das erworbene Wissen über die kommunistische Theorie und Praxis im jeweiligen beruflichen Kontext weiter vermitteln sollte. Aus der praktischen Arbeit des Schulungszentrums sollten gezielt weiterführende Unterrichtsmaterialien entwickelt werden und außerdem „Redner-Teams“ geschult sowie ein eigener Redner-Dienst für externe Aufgaben aufgebaut werden.

74 Ehem. HASTK, 1514/25, „Empfehlungen eines Kreises politischer Publizisten“ von Dr. Joseph C. Witsch, Köln. Das Papier ist undatiert. Einem Vermerk der Abteilung I 1 der Bundeszentrale für Heimatdienst ist aber zu entnehmen, dass es nach der Arbeitstagung vom 22.–24.11.1955 in Niederbreisig ausgearbeitet wurde.

75 Ebd., S. 4.

Die Idee nahm in den Folgemonaten Gestalt an. Noch vor der Gründung fanden Probeläufe in Form wöchentlicher Versuchskurse statt, die nun bereits ohne Zutun des Witsch-Kreises geplant und durchgeführt wurden. Die ersten Erfahrungen mit den ausgewählten Referenten waren allerdings ernüchternd. Ein Vertreter des BMI vermerkte, dass der Vortrag von Dr. Walter glanzlos gewesen sei, „vor allem aber scheint er den Stoff nicht richtig bewältigt zu haben“. Zum Vortrag von Dr. Hildebrandt hieß es, der Sinn der Schulung werde verfehlt, wenn man das Thema – es ging um die Wirtschaft der Sowjetunion – „weiterhin so dilettantisch behandeln ließe“. Dr. Müller, wurde vermerkt, „ringt sehr mit dem Stoff“, und über die Kurskonzeption insgesamt hieß es, dass diese „nicht sehr geeignet“ sei.⁷⁶

Ungeachtet der Schwierigkeiten in inhaltlicher und didaktischer Hinsicht schritt die Gründung der Bildungseinrichtung voran. Als Leiter war zunächst der deutschbaltische Russlandforscher Gerhard von Mende ins Gespräch gebracht worden. Von Mende hatte während der NS-Zeit im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete unter Alfred Rosenberg als Referatsleiter für den Kaukasus gewirkt und sich durch rassistische und antisemitische Publikationen profiliert. Wegen dieser offenkundigen Belastung nahm das Innenministerium schließlich Abstand von der Idee, die Spitzenposition des Instituts mit ihm zu besetzen. Seine NS-Vergangenheit hinderte die Planer indes nicht, ihn 1957 in den Beirat der Einrichtung zu berufen und ihm, so die Politologin Gudrun Hentges, „sowohl auf die konzeptionelle Ausrichtung des Ostkollegs als auch auf die personelle Besetzung der Dozentenstellen maßgeblichen Einfluss“ einzuräumen.⁷⁷

Die Gründung des vom Witsch-Kreis inspirierten Schulungszentrums, das schließlich den Namen „Ostkolleg“ erhielt und in Köln-Lindenthal angesiedelt wurde, erfolgte per Erlass des Bundesinnenministers vom 28. November 1957.

76 BAK B 106/21611, Bericht von R. Wildenmann über die zweite Tagung in Niederbreisig vom 5.12.1956. Zitiert nach: Maibaum, Ostkolleg (wie Anm. 72), S. 45.

77 Der Heimatdienst. Gudrun Hentges im Gespräch mit Felix Klopotek, in: Stadtrevue (2002), Nr. 12, in: Internet-Portal Kölner Stadtrevue, <<http://www.stadtrevue.de/archiv/artikelarchiv/328-der-heimatdienst/>> (13.7.2018). Werner Maibaum geht außerdem an mehreren Stellen seiner Gründungsgeschichte des Ostkollegs auf die Funktionen Gerhard von Mendes ein, siehe: Maibaum, Ostkolleg (wie Anm. 72), S. 35, 42–45, 55, 60, 75, 91 (Anhang).

Es wurde der Bundeszentrale für Heimatdienst unterstellt und mit der Zielsetzung versehen, „durch Studientagungen zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem internationalen Kommunismus“ beizutragen.⁷⁸

Als letzten Ort im Rheinland, von dem aus die Ideenlandschaft des Kalten Krieges geprägt wurde, möchte ich auf die Goltsteinstraße 185 in Köln-Bayenthal eingehen. Es handelt sich dabei um ein gewöhnliches Wohn-/Bürogebäude, das zum Organisations- und Austragungsort zahlreicher Veranstaltungen der Kölner Gruppe des Kongresses für kulturelle Freiheit wurde.

Der Kongress für kulturelle Freiheit oder Congress for Cultural Freedom (CCF) war eine der wichtigsten Organisationen zur Verbreitung amerikanischer Vorstellungen über die Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. 1950 in Berlin infolge einer Auftaktveranstaltung mit zahlreichen Prominenten gegründet, führte der CCF einen weltweiten ideologischen Kampf gegen den Stalinismus, indem er linksliberale, gewerkschaftliche und sozialdemokratische Politiker und Intellektuelle in die kulturelle Front des Kalten Krieges einzubinden versuchte.⁷⁹

Die Kölner Gruppe bildete sich 1958/59 heraus. Sie bezog 1959 die Räumlichkeiten in der Goltsteinstraße. Zum Kölner Kongress-Kreis zählten u.a. Heinrich Böll, Klaus Harpprecht, Berend von Nottbeck, der Leiter des Städtischen Verkehrsamts Hans Schmitt-Rost, Hans Otto Wesemann und Carl Linfert, beide vom WDR, sowie der Journalist Gerd Ruge und Georg Meistermann von der Akademie für Bildende Kunst in Düsseldorf.

Zwischen Januar 1960 und März 1964 führte die Kölner Gruppe 37 Vortrags- bzw. Diskussionsveranstaltungen sowie einen dreitägigen Kongress durch und intervenierte in Ost-West-Fragen. In ihrer Gesamtheit bildeten die Veranstaltungen vor allem eine Mischung aus aktuellen Themen, wie zum „Fall Eichmann“ oder zu Rolf Hochhuths Drama „Der Stellvertreter“, zu Europa-Themen oder zur Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Lager. Sofern man mit einem überschaubaren Besucherkreis mit bis zu hundert Teilnehmern rechnen konnte, fanden die Veranstaltungen in der Goltsteinstraße statt; waren es mehr, wick man auf die Universität oder den Gürzenich in Köln aus.

Ihr Profil gewann die Kölner Kongress-Gruppe auch durch ihre antikommunistisch ausgerichtete Menschenrechtsarbeit. 1961 unterstützte sie eine Kampagne zur Freilassung von Olga Iwinskaja, der Lebensgefährtin Boris Pasternaks.

78 Maibaum, Ostkolleg (wie Anm. 72), S. 64.

79 Ausführlich dazu: Hochgeschwender, Freiheit (wie Anm. 56).



Abb. 5: Dicht gedrängtes Publikum bei einer Veranstaltung in der Kölner Goltsteinstraße. Am Rednerpult Joseph Caspar Witsch, erste Reihe von links: Jürgen Rühle, Sabine Rühle, Hans Otto Wesemann und Franz Wördemann⁸⁰

Kurze Zeit später war die Gruppe an einer Kampagne zur Freilassung des Gewerkschafters Heinz Brandt beteiligt, der 1961 in Berlin von der Stasi entführt und anschließend zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.⁸⁰

Im Frühjahr 1964 löste sich die Gruppe des Kongresses um Witsch ohne ein abschließendes Statement sang- und klanglos auf. Gründe dafür lagen in persönlichen Differenzen Witschs mit einigen führenden Köpfen des CCF, unter anderem wegen der verhinderten Übernahme der deutschen Zeitschrift des CCF *Der Monat* durch den Verleger.⁸¹ Der CCF als internationale Organisation überlebte die Gruppe lediglich um drei Jahre. Im April 1966 wurde im Rahmen einer Artikelserie der *New York Times* öffentlich, dass er mit seinen weltweit agierenden Filialen maßgeblich vom amerikanischen Geheimdienst CIA finanziert worden war. Das war entweder auf direktem Wege geschehen oder über Stiftungen, die der Tarnung gedient hatten. Der CCF löste sich infolge der Aufdeckung auf und seine Matadore tauchten ab. Sie haben die hochinteressante Geschichte des CCF

80 Fotoarchiv im Geschäftsarchiv des Verlags Kiepenheuer & Witsch, Köln.

81 Ausführlich dazu: Möller, Buch Witsch (wie Anm. 57), S. 510–521.

auch später nicht in ihren Memoiren behandelt. Das gilt gleichermaßen für Manès Sperber wie für Nicolas Nabokov, Carlo Schmid, Willy Brandt oder Klaus Harpprecht, die dem CCF in unterschiedlichen Rollen gedient hatten.

5. Ausblick

Natürlich erschöpft sich die Parallelwelt des Kalten Krieges nicht allein in den Akteuren, Organisationen und Orten, die in diesem Beitrag behandelt wurden. Zu den Organisationen, die zwischen Rhein und Ahr gegründet wurden und dort auch ihre Niederlassungen hatten, zählen beispielsweise noch die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, eine intransparente CDU-Vorfeldorganisation, die Adenauers Politik die notwendigen Mehrheiten beschaffen sollte. Zu nennen wäre auch noch die 1956 gegründete Deutsche Atlantische Gesellschaft, die über eine eigene Ausstellungsabteilung verfügte und aufwendig produzierte NATO-Werbeschauen durch die Republik schickte. Ebenfalls dazu zu rechnen ist das Unternehmen Mobilwerbung, das dem Zweck diente, die ländliche Bevölkerung mit den aktuellen Regierungsbotschaften vertraut zu machen und per Lautsprecher und Film für die Wiederaufrüstung zu werben. Zu nennen wäre ebenfalls das Kuratorium Unteilbares Deutschland, ein „Kind“ des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen. Und es ließe sich weiter fortfahren. Will man die Prägestärke dieser Zeit mit all ihrer Hybris und Hysterie verstehen, dann kann der Ausbau einer solchen noch stark erweiterungsbedürftigen regionalen Gesamtschau hilfreich sein. Sie fortzuentwickeln und in einem überschaubaren Raum topografisch darzustellen, scheint mir ein sinnvoller Ansatz zum Verständnis der politischen, militärischen und gesellschaftlichen Dimension des Kalten Krieges zu sein.